

# Deutsche Rundschau

## in Polen

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 gr., mit Zustellgeld 4.80 gr. Bei Postbezug monatl. 4.89 gr., vierteljährlich 14.66 gr. Unter Streifband in Polen monatl. 8 gr. Danzig 3 gr. Deutschland 2.50 gr. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einspalige Millimeterzeile 15 gr., die einspalige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 gr. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 gr. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschau u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbetben. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 190

Bromberg, Dienstag den 22. August 1933

57. Jahrg.

## Ein altes Kulturstamm stirbt.

Kürzlich kam aus dem Zweistromlande Irak die Meldung, daß die Reste des dort ansässigen assyrischen Stammes die Grenzen überschritten in das französische Mandatsgebiet Syrien eingedrungen, dort zunächst entwaffnet worden seien, dann aber, als man ihnen keine neuen Wohnsitze anweisen konnte, ihre Waffen zurückhalten hätten und damit nach dem Irak zurückgezogen seien. Dort sind sie von den ihnen feindlich gesinnten Kurdenstämmen empfangen und zum Teil niedergemacht worden.

Eine von jenen Geschichten, die davon erzählen, daß die Völker hinten, weit in der Türkei, aufeinanderschlagen. Wir haben soviel eigene Nöte, daß wir die Menschen- und Völkertragödien, die sich dort auf dem blutigen Boden Kleinasiens immer wieder abspielen, leicht übersehen. Europa hat seinerzeit auch keinen Finger gerührt, als unter Abdül Hamid die Armeen im Cilicien durch die Kurden allmählich ausgerottet wurden.

Auch diesmal handelt es sich um eine jener Tragödien, die der fanatische Hass der Mohammedaner gegen ein „ungläubiges“ Christenvolk entfesselt hat. Die Assyrer, Nachkommen uralten Kulturstammes, bekennen sich zum nestorischen Christentum. Sie rebellierten während des Weltkrieges gegen den türkischen Sultan und stellten den Alliierten eine kleine Hilfsarmee für ihren Kampf gegen die Türkei. Als der Krieg beendet war, konnten sie es nicht wagen, in ihre alten Wohnsitz in Kurdistan zurückzukehren, weil sie dort von den gegen sie erbitterten islamischen Stämmen nicht gebüßt worden waren. Die britische Regierung wies ihnen damals neue Wohnplätze im Irak, das damals britisches Mandatsgebiet war, an. Solange der britische Gouverneur Sir Francis Humphrys in Bagdad residierte, war die Lage des ungefähr noch 30 000 Köpfen umfassenden Stammes einigermaßen erträglich, obwohl die ihnen angewiesenen Gebiete weder gesundheitlich für das alte Bergvolk geeignet waren, noch die verstreute Ansiedlung zwischen feindlich gesinnten Kurdenstämmen ihrer Ruhe und Sicherheit förderlich war.

England hat dem Irak dann bald eine gewisse Selbständigkeit gegeben, den früheren König von Hedschas, Feissal, zum Herrscher eingesetzt, im Jahr 1922 die Aufnahme Iraks in den Völkerbund veranlaßt und dadurch seine internationale Souveränität hergestellt. Seine eigenen Interessen sicherte England allerdings dadurch, daß es mit Feissal einen besonderen Bündnisvertrag schloß, der ihm die Errichtung englischer Garnisonen im Lande zur Sicherung des Luftweges nach Indien und zum Schutz der in der Hauptstadt in englischen Händen befindlichen Ölfelder von Mosul gestattete. England hat also immerhin noch eine gewisse moralische Verantwortung für das, was sich im Laufe ereignet, und zumal für die Behandlung, die den Assyrern zuteilt wird, die schließlich eines der englischen Hilfsvölker zur Verteidigung des britischen Imperiums waren. Die Lage der Assyrer verschlechterte sich aber unter Feissal bald und ihr kürzlich vollzogener Auszug aus dem Irakgebiet ist als Protest gegen die Unhaltbarkeit ihrer Lage gedacht gewesen.

Sie haben von Feissal vor allen Dingen die Zuweisung anderer Wohnsitz verlangt. Die Kindersterblichkeit, in den ihnen jetzt überlassenen Landgebieten soll ungeheuer sein. Die Irak-Regierung, die wegen dieser Angelegenheit durch die Assyrer schon einmal vor den Völkerbund zitiert worden ist, hat vor einiger Zeit den kirchlichen Führer der Assyrer, den Patriarchen Max Shimun — übrigens einen erst etwa 20 Jahre alten jungen Mann — zu Verhandlungen nach Bagdad geladen, und als er dort die Gegenvorschläge Feissals nicht annahm, ihn kurzerhand verhaftet. Das hat die Erregung in den Kreisen der Assyrer schließlich so gesteigert, daß sie sich zu dem Exodus entschlossen.

Und nun kommt das Satyrspiel. Es geht um Leben und Sterben der Überreste eines alten Kulturstammes. Der Völkerbund hat ihnen seinerzeit, als sie ihn, vielleicht nicht in der richtigen Form, anriefen, nicht geholfen, sondern sie an den verwiesen, gegen den sich ihre Beschwerden richteten, König Feissal. England, das wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen vor allen Dingen Ruhe im Irak haben will, will es mit König Feissal nicht verderben und rüht keinen Finger für die Assyrer, die es selbst erst in den Irak brachte. Frankreich, das wegen der Mossulfelder nicht gerade geneigt ist, die englische Irakpolitik zu erleichtern, hat den aus Syrien nach dem Irak zurückströmenden Assyrerzügen die ursprünglich abgenommenen Waffen gern wiedergegeben, weil ihm eine kleine Revolte im Zweistromlande sicherlich nicht ganz unangenehm war. Und nun — wird der Völkerbund angerufen, nicht aber etwa um sich des Schicksals der Assyrer anzunehmen, sondern die Irakregierung hat Frankreich wegen der Waffenrückgabe an die Assyrer vor dem Völkerbund verklagt. Man wird in Genf nicht gerade entzückt sein über diese Klage, aber die Völkerbundsdiplomatie wird es sicherlich verstehen, sie in eine jener Kommissionen abzuschicken, in denen solche Angelegenheiten erfahrungsgemäß langsam verfeinert werden. Sollte man aber die Absicht haben, sich dabei auch sachlich mit den Christenfragen des vor Stein oder Nichtstein gestellten Assyrerstammes zu beschäftigen, so wird man damit wahrscheinlich zu spät kommen. Denn inzwischen wird der lezte Rest von ihm ausgerieben oder zerstört sein.

## Assyrier-Unruhen im Irak. 700 Einwohner ermordet. — Verschiebung der Europareise König Feissals.

Der englische Ministerpräsident, der vor einigen Tagen seinen Urlaub, den er in Schottland verlebt, plötzlich unterbrochen und nach London zurückkehrte, hatte eine Beratung mit dem britischen Botschafter im Irak Sir Francis Humphry, mit dem er über die durch den assyrischen Aufstand im Nordirak geschaffene Lage verhandelte. Nach den Sir Francis zugekommenen genauen Informationen hat eine Abteilung der auständischen Assyrer die Grenze nach Syrien überschritten, wo sie sich formierte, worauf sie neuerlich den Tigris überschritt und einen Angriff auf einige Abteilungen der Irak-Armee unternahm. Sofort nach Aufnahme dieses Kampfes nützten zum Unglück kurdische irreguläre Kämpfer und nomadisierende Beduinenstämme die Lage zu einem Angriff auf assyrische Dörfer aus. Nach den bisherigen Nachrichten wurden hierbei 700 Assyrer hingerichtet. Die umliegenden Dörfer sind überfüllt mit flüchtigen Frauen und Kindern, deren Lage äußerst verzweifelt ist. Sir Francis Humphry wird sofort im Flugzeug nach Bagdad zurückkehren, um seine

freundschaftliche Vermittlung in dieser Krise anzubieten. Wie gemeldet wird, hat König Feissal seine Reise nach der Schweiz bis zur Rückkehr des britischen Botschafters aufgeschoben. Der Irak wurde bekanntlich im Oktober vorigen Jahres als Mitglied in den Völkerbund aufgenommen. Zur gleichen Zeit erlosch auch das britische Mandat und damit auch die britische Verantwortlichkeit für die Ereignisse im Irak. Zwischen Großbritannien und dem Irak besteht aber ein Bündnisvertrag.

In den Gemeinden des nördlichen Irak wurden einige hundert Leichen gefunden. Es handelt sich vermutlich um Personen, die bei dem Einfall kurdischer Stämme getötet wurden. Man nimmt an, daß diese Personen nicht ermordet wurden, sondern in Kämpfen fielen.

Der Ministerrat des Irak beschloß, den assyrischen Patriarchen Marcellinus sowie dessen Vater und Bruder zu deportieren. Alle drei wurden an Bord eines britischen Flugzeuges gebracht, das nach Cypern abflog. Die Irak-Regierung ist überzeugt, daß der Patriarch für die letzten assyrischen Unruhen verantwortlich sei.

Auf energische Vorstellungen des britischen Geschäftsträgers hat Feissal, der König des Irak, der in die Schweiz reisen wollte, seine Abreise verschoben.

## Dollfuß bei Mussolini. Wirtschaftliche und politische Besprechungen.

Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Italien, zu dem ihn Mussolini vor kurzem eingeladen hatte, ist überraschender Weise bereits am Sonnabend, früher als man noch vor wenigen Tagen angenommen hatte, erfolgt. Bundeskanzler Dr. Dollfuß ist am Sonnabend mittags von Wien mit dem Flugzeug aufgebrochen und nachmittags in Riccione, einem Badeort in unmittelbarer Nähe von Rimini, eingetroffen, wo der Duce, der dort ein Landhaus besitzt, sich jeden Sommer einige Tage aufzuhalten pflegt.

Eben sind die Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn zu einem guten Ende gebracht worden und jetzt sollen auch entsprechende Verhandlungen mit der Tschechoslowakei beginnen. Es ist gewiß, daß die gleiche Frage auch bei der Besprechung zwischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und Mussolini eine erhebliche Rolle spielen wird. Daß neben diesen wirtschaftlichen Problemen auch die Frage der Politik im engeren Sinne und vor allem die Frage des deutsch-österreichischen Verhältnisses in den Gesprächen von Rimini behandelt werden wird, ist wohl selbstverständlich.

### Die erste Aussprache.

Rom, 21. August. (Eigene Drahtmeldung.) Zwischen Bundeskanzler Dollfuß und Mussolini fanden in einem Hotel in Riccione zwei längere Konferenzen statt, wobei, wie es in einer amtlichen italienischen Meldung heißt, zwischen beiden Staatsmännern eine vollständige Übereinstimmung über die besprochenen Fragen festgestellt wurde. Die Verhandlungen betraten die Lage in Österreich, die Gesamtheit des Donau-Problems und den Vier-Mächte-Pakt.

## Österreich ohne Deutschland nicht lebensfähig!

### Ein Rundfunk-Vortrag Habichts.

München, 21. August. (Eigene Drahtmeldung.) In einem am Sonntag abend im bayrischen Rundfunk gehaltenen Vortrag mit dem Thema „Internationale Hilfe für Österreich“ führte Landesintendant Habicht u. a. aus, daß Österreich zur richtigen Entfaltung seiner Kräfte nur im Rahmen eines größeren Wirtschaftsgebietes gelangen könne, und zwar nur durch die Orientierung zum Reich hin. Nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt habe die österreichische Nationalversammlung im November 1918 den einstimmigen Besluß gefasst, daß Deutsch-Österreich ein Bestandteil der Deutschen Republik sei. Sofort seien jedoch die Sieger und Nachbarstaaten auf den Plan getreten, um diesen Volkswillen aus machtpolitischen Gründen zu durchkreuzen. Die Lebensfähigkeit Österreichs behauptete heute niemand mehr, aber gerade jene Kreise, die früher Österreichs Lebensfähigkeit befürwortet, befürworten heute teils die große Donauförderung mit der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Südmähren, Rumäniens und Bulgarien, teils die kleine Förderung mit der Tschechoslowakei, Ungarn, Südmähren und Rumäniens, teils die Zollunion mit Ungarn.

Politische Ziele würden durch wirtschaftliche Erwägungen verschleiert. Alles aber habe nur einen Zweck: Österreich dauernd vom Deutschen Reich abzuriegeln. Die Frage, ob eine der vorgeschlagenen Lösungen geeignet sei, die Wirtschaftskrisis Österreichs dauernd und erfolgreich zu bekämpfen, müsse verneint werden. Deutschland und Österreich seien durch den Palsschlag der Wirtschaft verbunden und müßten es bleiben, wenn der österreichische Bauer, Arbeiter und Unternehmer nicht zugrunde gehen sollten. Wenn daher heute das Ausland eine Unterstützungsaktion für die Regierung Dollfuß entwickelt, so könne es damit dieser Regierung in ihrem Kampf gegen das eigene Volk zwar vielleicht noch für

eine kleine Weile den Rücken stärken, aber es werde damit zugleich auch ihrem letzten Ansehen im Volke und der österreichischen Wirtschaft den Todestod versetzen.

## Dollfuß mit jüdischem Geld finanziert.

Der Wiener Korrespondent der „Morning Post“ sendet seinem Blatte einen Bericht über den in Prag stattfindenden Zionistischen Weltkongress, in dem er den in Europa herrschenden Antisemitismus behandelt und darauf hinweist, daß Deutschland in dieser Hinsicht keineswegs alleinstehe.

Wie stark der Antisemitismus z. B. auch in Rumänien sei, habe sich vor kurzem gezeigt, als auf Erfuchen der rumänischen Regierung das jüdische olympische Sportmeeting von Czernowitz nach Prag verlegt werden mußte, weil die rumänischen Behörden die Sicherheit der jüdischen Besucher nicht gewährleisten konnten. Auch in Ungarn sei der Antisemitismus erkennbar, wenn auch zunächst noch in geringem Umfang.

Schließlich macht der Korrespondent die interessante Feststellung, daß „selbst in Österreich, wo das augenblickliche Antinaziregime im wesentlichen mit jüdischem Gelde finanziert werde“, die christlich-soziale Presse doch bereits auf Anwendung des numerus clausus in juristischen und ärztlichen Berufen gedrungen habe.

## Ungarns revisionistisches Programm.

Seit der Rückkehr des Ministerpräsidenten Gömbös aus Rom nach Budapest spricht man in ungarischen politischen Kreisen immer lauter von den Möglichkeiten einer Revision des Trianon. Diese Frage beginnt immer konkretere Formen anzunehmen. Die ungarischen revisionistischen Kreisen nahesteckende Budapest-Presse veröffentlicht ein sensationelles „revisionistisches Programm“, das von der sogenannten „Liga der Revisionisten“ formuliert wurde, an deren Spitze der ehemalige Ministerpräsident Graf Bethlen steht. Dieses Programm stützt sich auf folgende Punkte:

1. Das ganze Burgenland, das bis jetzt Österreich gehört, wird an Ungarn zurückgegeben.
2. Für Ungarn wird ein freier Zugang zur Adria durch einen sogenannten ungarischen Korridor geschaffen, der durch jugoslawisches Gebiet nach Trieste führt.
3. Unter dem Protektorat Ungarns wird ein unabhangiger Staat Siebenbürgen gebildet.
4. Sämtliche Provinzen in der Slowakei, die von Ungarn bewohnt werden, werden zu Ungarn geschlagen.

Dieses Programm wurde mit einer umfangreichen Begründung dem Ministerpräsidenten Gömbös mit dem Erfuchen zugesandt; es auf diplomatischem Wege Mussolini zur Kenntnis zu bringen. Außerdem soll Graf Bethlen sich in den nächsten Tagen nach England begeben, um die englische Meinung in der Frage der ungarischen revisionistischen Pläne zu sondieren.

## Revision für die Tschechoslowakei eine militärische Frage.

Im Rahmen der Pribina-Feier in Neutra fand die Grundsteinlegung zu einer neuen staatlichen Bürgerschule statt, die den Namen Pribina-Schule tragen wird. Für die Regierung nahm an dieser Feier u. a. auch Unterrichtsminister Dr. Derer teil, der in einer Rede u. a. ausführte:

„Unser Staat ist kein zufälliges Gebilde, das bei nächster Gelegenheit in seine Elemente zerfallen würde. Unser Staat und seine Existenz sind in ferner glorreicher und staatsbildender Vergangenheit verankert. Wir sind kein

Volk von Diplomaten-Gnaden, wir sind ein Volk, das seinen Staat, seine Kultur und sein Christentum schon längst hatte, noch ehe die ihm nun nach dem Leben Trachtenden von der christlichen Zivilisation eine Ahnung hatten.

#### Für die Slowakei und die Slowaken besteht keine Revisionsfrage.

Um mich ganz klar auszudrücken: Für uns ist die Revision weder eine diplomatische noch eine wirtschaftliche oder politische Frage; für uns ist die Revision einzige und ausschließlich eine militärische Frage. Unsere einzige Vorbereitung zur Revisionsfrage ist, daß wir bestrebt sind, unsere tschechische Armee zu vervollkommen und zu verstärken und heute, da im Westen die germanische Angriffssturm wiederum ihr Haupt erhebt, müssen vor allem wir Slowaken daran denken, daß sich die Geschichte nicht wiederhole. Wir müssen unser tschechisches Leben so einrichten, daß keine deutsch-ungarische Intrige unseren Staat schädigen kann."

## Ein politischer Pakt zwischen Italien und Russland.

Schon als Mitte Juli, bald nach dem Abschluß der russischen Verträge mit verschiedenen Staaten, in Rom Konferenzen zwischen Mussolini und dem dortigen russischen Botschafter stattfanden, sprach man von der Vorbereitung eines Freundschaftsabkommens zwischen Italien und Russland. Die Verhandlungen sind inzwischen weitergeführt worden und haben jetzt zu dem Ergebnis geführt, daß zwischen den beiden Staaten ein Nichtangriffspakt vereinbart wurde, der jetzt unterzeichnet werden soll.

Die Verhandlungen sind in ihrem weiteren Verlaufe nicht immer ganz glatt gegangen. In Moskau hat man wohl ursprünglich daran gedacht, diesen italienischen Vertrag nach dem gleichen Schema abzuschließen, nach dem man sich mit den Ländern des europäischen Ostens und Südostens verständigt hatte. Das hätte offenbar nicht ganz den italienischen Wünschen entsprochen. Auch die von Russland gewünschte Garantie des Besitzstandes der beiden vertragshaltenden Länder ist infolge des Widerstandes Mussolinis nicht in den Pakt aufgenommen worden. Die sich aus einer solchen Garantie ergebene Verpflichtung hätte die italienische Politik zu stark engagiert, zumal ihr Interesse an Russland ja eigentlich nur ein indirektes ist. Italien und Russland haben keine gemeinsamen Grenzen und auch die sehr starken Mittelmeerinteressen Italiens berühren sich nirgends unmittelbar mit russischen Interessensphären.

Was den Pakt für Italien erstrebenswert mache, war die Rücksicht auf die noch nicht übersehbaren Entwicklungen in dem zwischen beiden Ländern gelegenen Gebiete der Kleinen Entente. Sie bietet Neubündnisse sowohl nach der russischen wie nach der italienischen Seite, und es ist für Italien immerhin von Bedeutung, sich für den Augenblick etwa eintretender Auseinandersetzungen der russischen Neutralität zu versichern. Seine nach dieser Seite hin immer sehr aktiv eingestellte Politik braucht nun jedenfalls mit keinem Faktor der Ungewißheit zu rechnen.

Im übrigen hat Italien, trotz der dem Kommunismus leidenschaftlich feindlich gegenüberstehenden Haltung des Faschismus, immer Wert auf ein gutes Verhältnis zu Russland gelegt. Von allen internationalen Messen ist die Maitländer die einzige, die alljährlich sehr ausgedehnte Ausstellungstände der sowjetrussischen Industrie und Landwirtschaft zeigt. Und zwar sind es nicht nur die traditionellen russischen Ausfuhrindustrien, wie namentlich die Naphthalinproduktion, die hier um Käufer werben, sondern auch die jüngsten Zweige der Sowjetindustrie, Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, Textilverzeugnisse usw., suchen in Mailand einen Exportmarkt. Auf der anderen Seite hat die italienische Werk- und Maschinenindustrie sich um die Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit Russland bemüht. Es verlautet, daß der Abschluß des jetzt vereinbarten politischen Vertrages von bestimmten wirtschaftlichen Vereinbarungen begleitet sein soll. Schon jetzt steht Italien in der russischen Einführung an dritter Stelle.

Für die starke Geschäftigkeit, die die Moskauer Diplomatie in der Ausgestaltung ihrer internationalen Verbindungen entfaltet, sind natürlich in erster Linie die wachsenden inneren Schwierigkeiten des Landes entscheidend. Mit der Bemühung der breiten Volkschichten durch Hungersnöte und andere Folgerscheinungen des Sowjetregimes wächst in den Augen seiner Machthaber die Gefahr außenpolitischer Konflikte. Deshalb das Bemühen, Russland durch ein System von Verträgen nicht nur gegenüber seinen unmittelbaren Nachbarn zu sichern, sondern auch die Beziehungen zu den Weststaaten Europas zu festigen. Deshalb wurde der durch den Übereifer der GPU entstandene Konflikt mit England rasch liquidiert, deshalb das Entgegenkommen Frankreich gegenüber in der Frage der Regelung der Vorkriegsschulden und deshalb nun der Neutralitätspakt mit dem faschistischen Regiment in Rom.

#### Ohne Definition des Angreifers.

Das Havas-Bureau veröffentlicht heute von Rom aus Einzelheiten über den vor dem Abschluß stehenden italienisch-russischen Nichtangriffspakt, der sich in verschiedenen Punkten von den kürzlich abgeschlossenen Nichtangriffsverträgen der Sowjetunion wesentlich unterscheiden soll. Vor allem sollen die Italiener die von dem griechischen Gesandten Politti, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Rüstungskonferenz, formulierte Definition des Angreifers abgelehnt haben.

Mit dem Abschluß des Paktes bezweckt Italien, so heißt es in der Havas-Meldung, daß andere Staaten später dem italienisch-sowjetrussischen Übereinkommen beitreten könnten oder mindestens, daß der Pakt als Vorbild für weitere Abschlüsse dienen wird. Man glaubt in Rom, daß beispielswise Bulgarien in dem italienisch-russischen Vertrag ein geeignetes Modell für Nichtangriffsverträge mit der Türkei und Rumänien zu finden vermöchte, wohingegen der Londoner Ostpakt für Bulgarien nicht in Frage kommen könnte.

Ein zweiter wichtiger Punkt in dem italienisch-russischen Pakt sei die gegenseitige Verpflichtung, keinem diplomatischen Block oder keiner Entente anzugehören, die einer der Vertragsparteien zu schaden geeignet sei. Die Sowjetregierung finde hier also eine Garantie hinsichtlich des vier-Mächte-Paktes, dessen Abschluß zuerst in Moskau gewisse Befürchtungen erweckt hatte. Die betreffende Klausel hat aber auch dann Interesse, wenn es zu neuen Abmachungen zwischen Ost- und Balkan-Europa kommt würden. Da schließlich ein militärischer Angriff bei Ländern wie Italien und Sowjetrussland, die keine gemein-

same Grenze haben, praktisch kaum in Betracht zu ziehen sei, glaubt man, daß der neue Pakt ein rein wirtschaftlicher Nichtangriffspakt sein wird. Beide Länder würden sich darin verpflichten, keinerlei wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, die von dem Vertragspartner als feindlich empfunden werden könnten.

## Beschleunigte Durchführung der Agrarreform?

Die Polnische Regierung soll, wie das nationaldemokratische "ABC" zu melden weiß, eine Reihe weitgehender wirtschaftspolitischer Maßnahmen vorbereiten, deren Durchführung für die nächsten Monate beabsichtigt ist. Im Zusammenhang mit der Entschuldungsaktion in der Landwirtschaft soll die Agrarreform beschleunigt durchgeführt werden. Offenbar will, derselben Quelle zufolge, die Regierung den Wünschen der bürgerlichen Parteien Rechnung tragen, um mit diesem Opfer die Stimmen der Bauerngruppen für die Verfassungsreform zu erhalten.

Auch in der ostoberschlesischen Industrie sind radikale Maßnahmen geplant, die sich im einzelnen allerdings noch nicht überleben lassen. Immerhin sollen die Konzerne zu einer Art Schuldenkonversion veranlaßt werden, um auf diese Weise die polnische Zahlungsbilanz zu entlasten.

Der Plan, das deutsche Kapital durch französisches abzulösen, wird als gescheitert betrachtet, zumal Frankreich nicht die geringste Lust verspürt, größere Engagements in Ost-Oberschlesien einzugehen.

## Deutsch-polnische Wirtschaftsverständigung erwünscht.

Kürzlich hat, wie die polnische Telegraphen-Agentur mitteilte, in Breslau eine Generalversammlung der dortigen deutsch-polnischen Handelskammer stattgefunden. Zum Präsidenten der Kammer wurde der Breslauer Fabrikbesitzer Kemm, zum Vizepräsidenten Deines, Vizepräsident der Handelskammer in Frankfurt, gewählt. Die Beratungen haben, einem Bericht der "Frankfurter Zeitung" zufolge, ergeben, daß trotzdem das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen von Deutschland noch nicht ratifiziert worden ist, der Abschluß einer neuen Wirtschaftsverständigung zwischen den beiden Ländern im Interesse der beiden Staaten liege.

## Neue deutsche Eingabe an den Völkerbund.

Wegen der zahlreichen Beschlagnahmen der "Kattowitzer Zeitung" und des "Oberschlesischen Kurier" in den Monaten April und Mai hat, wie die "Katt. Zeit." meldet, im Auftrage der Verleger der beiden Blätter der Deutsche Völkerbund an den Völkerbundsrat in Genf eine Eingabe gerichtet mit der Bitte festzustellen, daß durch die Beschlagnahmen und durch die Unterlassung von Beschlagnahmen von Ausschäben der "Polska Zachodnia" und Aufrufen des Vereins zum Schutze der Westmarken und des Aufständischen-Verbandes sowie die Duldung des Boykotts der deutschen Zeitungen gegen die Bestimmungen des Genfer Abkommens verstößen sei.

Aus den Anlagen ergibt sich, daß in den Monaten April und Mai, in welchen 49 Nummern der "Kattowitzer Zeitung" herausgegeben wurden, 89 Artikel dieses Blattes beschlagahmt wurden. Bei dem "Oberschlesischen Kurier" handelt es sich in der gleichen Zeit um die Beschlagnahme von 13 Artikeln. Im weiteren Anhang sind Artikel der "Polska Zachodnia" und Aufrufe der obengenannten polnischen Verbände und andere Zeitungsartikel im Wortlaut wiedergegeben, aus denen hervorgeht, daß polnischerseits öffentlich zum Boykott und anderen Handlungen aufgefordert wurde, daß die Artikel der beschlagahmten deutschen Zeitungen polemiken mit polnischen Stimmen bilden oder daß der Inhalt der Artikel, welcher in deutschen Zeitungen beanstandet wurde, in polnischen Zeitungen unbeschlagahmt blieb.

Die Eingabe ist bereits beim Sekretär des Völkerbundes eingelaufen. Es steht noch dahin, ob sie auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung im September kommen wird.

## Deutsche Umschulungen.

Die Umschulungsanträge von Kindern aus der polnischen in die deutsche Schule in Oberschlesien liegen nunmehr in amtlichen Büroen vor. Danach sind insgesamt 1300 Umschulungsanträge eingegangen, eine Zahl, die bisher noch nicht erreicht worden ist. Ein Drittel sämtlicher Anträge sind jedoch für ungültig erklärt worden, und zwar wegen "unglaublich dicker Angaben". Dabei wird insbesondere das Bekennen zum deutschen Volkstum, das die Voraussetzung für die Anmeldung zur deutschen Schule darstellt, angezweifelt.

Die von dieser Maßnahme betroffenen Erziehungsberichter werden bei der Gemischten Kommission Be schwerde einlegen.

## Nadolny wird Botschafter in Moskau.

Wichtige Veränderungen im Auswärtigen Dienst, Botschafter v. Dirksen geht nach Tokio, Gesandter v. Rosenberg nach Angora.

Aus Berlin wird gemeldet:

Für die nächste Zeit stehen Veränderungen in der Besetzung wichtiger diplomatischer Posten im Ausland bevor. Diese Veränderungen werden, wie von unterrichteter Seite verlautet, demnächst amtlich in folgender Form eingeleitet werden:

Der jetzige deutsche Botschafter in Tokio, Borejsch, wird, weil er demnächst das pensionsfähige Alter erreicht, von seinem Posten in Tokio, den er seit dem Jahre 1928 inne hat, abberufen werden. Sein Nachfolger wird der jetzige deutsche Botschafter in Moskau, v. Dirksen, sein, der seinen Posten ebenfalls seit 1928 bekleidet.

Der bisherige deutsche Botschafter in Tokio, Borejsch, der im Jahre 1868 geboren ist, ist seit 1899 im Auswärtigen Amt tätig. Er war früher Generalkonsul in Christiania, später Gesandter in Lissabon. Der neue deutsche Botschafter in Tokio, v. Dirksen, der 1882 geboren ist, war in den ersten

drei Kriegsjahren im Felde und später bei der Gesandtschaft im Haag tätig. Nach einer kürzeren Tätigkeit als Gesandtschaftsrat in Warschau wurde er Leiter der polnischen Abteilung im Auswärtigen Amt und später Ministerialdirektor und Leiter der Ostabteilung.

Der bisherige deutsche Botschafter in Angora, Nasolny, wird der Nachfolger des Herrn v. Dirksen in Moskau.

Nadolny, der bekanntlich in den letzten zwei Jahren im wesentlichen als Leiter der deutschen Delegation bei der Abschlußkonferenz tätig gewesen ist, ist im Jahre 1873 geboren. Er war nach längerer diplomatischer Tätigkeit im Ausland, vor allem in Albanien und Persien, 1919 vorübergehend Chef des Bureaus des Reichspräsidenten, später Gesandter in Stockholm und seit 1924 Botschafter in der Türkei.

Zum neuen deutschen Botschafter in Angora wird der bisherige deutsche Gesandte in Stockholm, v. Rosenberg, ernannt werden, der seinen Posten in Stockholm seit dem Jahre 1924 inne hat.

Gesandter v. Rosenberg war nach dem Kriege zunächst Gesandter in Wien, dann in Kopenhagen und vom November 1922 bis August 1923 Außenminister im Kabinett Cuno.

Zum deutschen Gesandten in Stockholm wird der jetzige deutsche Gesandtschaftsrat und augenblickliche Geschäftsträger in Budapest, Prinz zu Wied, ernannt werden.

## Vor der Auflösung der irischen Blauhemden?

Dublin, 21. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Feldgottesdienste der Blauhemden sind in ganz Irland mit Ausnahme eines Zwischenfalls in Cork, wo die republikanische Armee in das Gebäude der Blauhemden eindrang und eine Flagge zerriß, ohne Zwischenfälle verlaufen. Es fanden über 100 Feldgottesdienste im ganzen Land statt. Überall zeigte sich die Nationalgarde O'Duffy's in ihren Blauhemden. In einzelnen Städten nahmen auch Mädchen in blauen Hemden und Röcken teil.

De Valera erklärte am Sonntag abend, daß er nunmehr die Drohung der Regierung verwirklichen und die Blauhemden-Organisationen auflösen und verbieten werde. Bei Fortsetzung ihrer Tätigkeit würden sich die Mitglieder der Nationalgarde eines Vergehens gegen das Notstandsgesetz schuldig machen und dementsprechend bestraft werden. De Valera begründete seine Haltung mit der Erklärung, daß die Blauhemden ungesetzlicherweise auf eine Diktatur hinarbeiteten. Demgegenüber äußerte sich der General O'Duffy dahin, daß ein Verbot seiner Blauhemden ein Akt der Gewalt sein würde. Uniformen tragen, Versammlungen im Freien und die Bildung von Verbänden seien, wie das Bestehen der irischen republikanischen Armee de Valeras beweise, in Irland völlig gesetzlich. Seine Organisation werde sich nicht auflösen lassen.

## Gandhi erkrankt.

London, 21. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Gesundheitszustand Gandhis, der seit einigen Tagen in den Hungerstreik getreten ist, hat sich so verschlechtert, daß er aus dem Verawda-Gefängnis nach dem Krankenhaus in Hoonaer gebracht werden mußte. Man glaubt, daß er an einer Nierenentzündung leidet. Gandhi weigert sich, die Bedingungen der Regierung anzunehmen und will sein Fasten „im Interesse der Sache der Unberührbaren“ fortsetzen.

## Gewaltige Treuekundgebung in Danzig

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Unzählige Gäste aus allen Teilen Deutschlands weilten in den letzten Tagen in Danzig: Teilnehmer an der Kampfschule für deutsche Kultur und Teilnehmer an der ersten Führertagung der deutschen Arbeitsfront, die am Freitag und Samstagabend in Danzig stattfand. Sie fand ihren Abschluß am Samstagabend nachmittag in einem gewaltigen Aufmarsch der gesamten NSBO. (Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation) auf dem Wiebenwall.

Noch niemals hatte der Wiebenwall solche Menschenmassen gesehen. Rund 80 000 Teilnehmer der Arbeitsfront aus allen Teilen der Stadt waren aufmarschiert — Arbeitnehmer und Arbeitgeber —, und etwa 40 000 Zuschauer waren erschienen, so daß insgesamt eine Menge von 100 000 Menschen auf dem Wiebenwall versammelt war. In mustergültiger Weise war der Aufmarsch vor sich gegangen, in stetem Fluss waren die Tausende von Kolonnen an den Bahnaußen von Zuschauern vorbeigegangen, nach 2½ Stunden war die Aufführung beendet.

Um 6 Uhr erschien, mit jubelnden Heilsrufen begrüßt, die Führer. Als erster hielt Gaubetriebszellenleiter Schröder die Anwesenden willkommen, besonders die Mitglieder der Regierung und die auswärtigen Minister. Nach ihm betrat Gauleiter Forster die Rednertribüne. Er freute sich feststellen zu können, daß das Volk sich einig sei darin, daß die Partei innewesen überwunden werden müsse. Das Volk wolle keine Parteien mehr.

Nach ihm sprach der Führer der deutschen Arbeitsfront, Schuhmann, der sich hauptsächlich an die Arbeiterschaft wandte. Am 1. Mai — so führte er aus — haben die deutschen Arbeiter zur Nation zurückgefunden, am 2. Mai seien die letzten Swingburgen des Marxismus gefallen. Der Marxismus sei tot. Der Nationalsozialismus habe den deutschen Arbeiter den Weg zur Volksgemeinschaft zurückgeführt.

Als letzter Redner wies der Präsident des preußischen Staatsrats, Dr. Ley, die neuen Wege und Ziele auf. Er sagte u. a.: Seit 14 Jahren seien den Arbeitern Versprechen gemacht, die nicht gehalten wurden, der Nationalsozialismus ver spreche nichts, nein, er werde dem deutschen Arbeiter wieder Arbeit schaffen, den festen Willen hierzu hätten die letzten Wochen ja zur Genüge bewiesen. Selbstachtung und Ehre müsse der Arbeiter wieder gewinnen, ein freier, stolzer, glücklicher Mensch müsse er werden.

Nach einer kurzen Ansprache Forsters, in dem Sinne: Wir wollen deutsch sein und bleiben, dem Treuegelöbnis der deutschen Arbeitsfront in Danzig an Adolf Hitler und nach dem gemeinsamen Gefang des Horst Wessel-Biedes schloß diese gewaltige Kundgebung des arbeitenden Danzigs.

## Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 21. August 1933.

Arau — 3,05, Jawischow + 0,86, Marschau + 0,74, Plock + —, Thorn + 0,15, Gordan + 0,11, Culm + 0,04, Graudenz + 0,17, Kurzebrat — 0,37, Biebel — 0,38, Dirschau — 0,59, Einlage + 2,66, Schiewenhorst + 2,74.

Die Güter sind nicht dein: du bist allein Schaffner darüber gesetzt, und daß du sie austeilst denen, so es bedürfen.

Luther.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeordnet.

Bromberg, 21. August.

### Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

### Orgelfkursus in Bromberg.

In den letzten Tagen fand in Bromberg wieder ein größerer Orgelfkursus statt, zu dem die städtische Anzahl von 40 Teilnehmern aus unserem Kirchengebiete erschienen waren. An den Vormittagen fand der Unterricht im Orgelspiel statt, die Nachmittage dienten der Vertiefung in theoretischen Fächern: Geschichte des Kirchenliedes, Liturgie, Orgelstruktur und Harmonielehre. Praktische Übung in Chorlingen und Dirigieren vervollständigte den Lehrplan. Für die Übungsstunden standen den Teilnehmern die sämtlichen Orgeln in den evangelischen Kirchen der Stadt und ihrer Vororte zur Verfügung. Ziel des Unterrichts im Orgelspiel war es, die Teilnehmer bei sehr unterschiedlichen Vorkenntnissen soweit zu fördern, daß sie die Begleitung des Gemeindegesanges beherrschen und geeignete Vorpiele darbieten. Fortgeschrittene Orgelspieler konnten Anregungen zur Benutzung neuer und neu herausgegebener Noten empfangen. Dem Veranstalter lag vor allem daran, daß das Gefühl für edlen Musikstil bei allen geweckt und die Abkehr von wertloser, sentimentalischer Orgelmusik als richtige Forderung verstanden wurde. Dieses Ziel dürfte im wesentlichen erreicht worden sein. Anlässlich des Orgelfkursus wurden in der Pfarrkirche zu Bromberg drei liturgische Andachten in Gestalt von Abendvespern veranstaltet. Die Vesperräte sollten vor allem den Organisten zeigen, wie mit mehr oder weniger großen Mitteln, den vorhandenen Kräften entsprechend, gute liturgische Gottesdienste gehalten werden können. Darum war zur ersten Vesper nur das Gesangbuch erforderlich, zur zweiten, die als lutherische Abendvesper mit historischen liturgischen Stücken ausgestaltet war, die Kenntnis des Psalm- und Canticum singens. Die dritte Vesper enthielt auch leichte Chorsätze, die mit dem Gemeindegesang abwechselten. Da die intensivste Arbeit dem Lernen galt, konnte die öffentliche Darbietung nur die Grundlinien liturgischer Möglichkeiten zeigen. Die Erfahrung dieses Jahres hat es wieder bestätigt, daß solche 10- bis 14-tägigen Orgelfkurse die beste Art der Schulung unserer Organisten sind. Es ist in Aussicht genommen, den Orgelfkursus im nächsten Jahr noch weiter auszudehnen und ihn in möglichst großem Rahmen zu halten, allerdings unter Bevorzugung der Ansänger im Orgelspiel.

**Achtung, Jahrgang 1915!** Vom 1. bis 30. d. M. müssen sich, wie der Stadtpräsident durch Anschlag an den Bittsäulen bekannt gibt, sämtliche im Jahre 1915 geborenen männlichen Personen zur Eintragung in die Stammtafel melden.

**Auf raffinierte Weise in den Besitz einer Geldsumme** zu gelangen versucht hatte die 20jährige Helene Kraszna von hier. Anfang dieses Jahres machte sie auf der Reise die Bekanntschaft einer Frau Roszynka, mit der sie sich bald befreundete. Sie lud die Bekannte ein, sie gelegentlich hier zu besuchen. Einige Zeit später hatte die R. hier geschäftlich zu tun und wurde von der R. mit Freuden aufgenommen. Als die Abreise der R. heranrückte, stellte sie fest, daß sie sich verausgabt hatte. Die R. half selbstverständlich ihrer Freundin mit 100 Zloty aus dieser Verlegenheit, um so mehr, da diese ihr erzählte und durch Belege nachweisen konnte, daß auf ihrem Namen beim Bezirksgericht 700 Zloty deponiert waren. Mit dem Versprechen, die 100 Zloty so schnell wie möglich zurückzuzahlen, trennten sich die beiden Freundinnen. Raum war jedoch der Besuch abgereist, als die R. auch schon ein Schreiben an das Bezirksgericht nach Podz richtete, worin sie um Überweisung der 700 Zloty bat, da sie inzwischen nach Bromberg verzogen sei. Dann begab sie sich auf das hiesige Postamt und gab an, daß sie, die Helene Roszynka, jetzt hier wohne und falls eine Geldsendung auf ihren Namen anlangen sollte, man diese nach ihrer Wohnung an der Elisabethstraße (Smidowitsch) 18, bringen möchte. Zu Hause an der Wohnungstür befestigte sie eine von der R. erhaltenen Visitenkarte, um bei dem Geldbriefträger den Anschein zu erwecken, daß keine andere als die Helene Roszynka hier wohne. Alles wäre vielleicht ganz gut gegangen, wenn der Geldbriefträger, der nach einigen Tagen tatsächlich mit den 700 Zloty erschien war, trotz des freudigen und stürmischen Empfanges durch die R., nicht in aller Ruhe darauf bestanden hätte, die angebliche Helene Roszynka möge ihm erst ihre Ausweispapiere vorweisen, da sonst die Auszahlung des Geldes gar nicht in Frage kommen kann. Der von der R. so schön eingefädelte Plan war dadurch ins Wasser gefallen, da auch ihre Bitten den Beamten zu einer Auszahlung des Geldes nicht bewegen konnten. Das Geld hatte die R. nicht erhalten, dafür aber hatte sie sich vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Da sie während ihrer Vernehmung durch die Kriminalpolizei die Beamten mit „Lebenswürdigkeiten“ überhäufte, wurde die Anklageschrift auch noch auf Beamtenbeleidigung erweitert. Vor Gericht bekannte sich die Angeklagte, die wegen ähnlicher Vergehen bereits viermal vorbestraft ist, teilweise zur Schuld, gibt jedoch an, daß sie nicht die Absicht gehabt hatte, sich das Geld anzueignen. Das Gericht verurteilte die R. zu 18 Monaten Gefängnis.

**Auf frischer Tat ertappt** wurde der 20jährige Arbeiter Ferdinand Łochawski von hier. Er war im Juni in die Wohnung der Frau Dr. Maria Tucholska, als diese nicht anwesend war, mit einem Nachschlüssel eingeschlungen und als er gerade im Begriff war, eine Auswahl unter der Garderobe zu treffen, wurde er erwischt. Eine

Hausbewohnerin hatte den E. in die Wohnung eintragen sehen und schenkte die Polizei benachrichtigt, die den unbekannten Gast in Empfang nahm. E. wurde vom hiesigen Bürgergericht zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

**Wegen falscher Beschuldigung** hatte sich der 66jährige Hausbesitzer Thomas Gadziński von hier vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Während einer Zivilklage am 1. April d. J. betrat G. mit Hut und Stock den Gerichtssaal, worauf ihn der Gerichtsdienner Julian Nuhaszewski aufmerksam machte und ihm Hut und Stock abnahm. G. richtete darauf an den Präses des Kreisgerichts ein Schreiben, worin er sich beschwerte, daß er im Gerichtskorridor von dem Gerichtsdienner R. überfallen worden sei und daß dieser ihm Stock und Hut mit Gewalt fortgenommen habe. Da die Untersuchung die Unrichtigkeit der Beschwerde erwies, wurde gegen G. ein Prozeß eingeleitet. Der Angeklagte wurde vom Gericht zu 3 Monaten Arrest und 70 Zloty Geldstrafe verurteilt. — Vor dem gleichen Gericht hatte sich die 35jährige Leokadia Pilarczyk von hier wegen widerrechtlicher Entfernung eines Amtssiegels zu verantworten. Der Angeklagte, die einen Van ausführten ließ, wurde der Weiterbau von der Baupolizei untersagt und der Bauplatz versiegelt. Die P. enterte die Siegel und ließ trotz des Verbotes der Baubehörde weiterarbeiten. Das Gericht verurteilte die Angeklagte, die obendrein die Beamten der Baupolizei beleidigt hatte, zu 5 Wochen Arrest.

**Das Spielen mit einer Schußwaffe** hat am gestrigen Sonntag wieder einmal tragische Folgen gezeitigt. Als gestern vormittag die bei dem Bäckermeister Jastński, Sedanstraße (Chocińska) 2, beschäftigten Lehrlinge Jan Lampka und Kazimierz Dózwiak sich in der Wohnung der Angestellten des genannten Bäckermeisters befanden und sich zum Kirchgang vorbereiteten, entdeckten sie einen durch den Kutscher zurückgelassenen Revolver großen Kalibers. Die beiden befanden sich die Waffe, als plötzlich ein Schuß krachte und Lampka blutüberströmt zusammenbrach. Die Kugel hatte den Körper des 17jährigen jungen Mannes durchbohrt und war in der Wand stecken geblieben. Die Rettungswache, die in drei Minuten zur Stelle war, schaffte den Schwerverletzten in das Städtische Krankenhaus. Hier wurde festgestellt, daß der Zustand äußerst ernst sei, da eine innere Verblutung zu befürchten ist.

**Ein schwerer Unfall** ereignete sich am Sonntag nachmittag auf dem Gehöft des Landwirts Friedrich Müller in Oplawiec. Als der Landwirt in den Stall ging, schlug ein Pferd plötzlich aus und verletzte seinen Herrn nicht unbedeutlich im Gesicht. Müller wurde nach Bromberg in die Privatklinik von Dr. Staemmler gebracht.

**Einen gefährlichen Sturz** erlitt die 34jährige Frau Maria Miodówka, Kujawianstraße 45, als sie eine von ihrer Wohnung in den Keller führende Treppe benutzen wollte. Sie wurde mit einer Verletzung des rechten Beines in das Städtische Krankenhaus eingeliefert.

**Wieder ein falscher Alarm.** Gestern gegen 7 Uhr abends wurde die Feuerwehr nach Gieseckshöhe gerufen. Beim Eintreffen stellte man jedoch fest, daß keine Ursache zur Alarmierung vorlag. Der Täter konnte leider unerkannt entkommen.

### Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Sprechstunden des Abgeordneten Graeve. Nächste Sprechstunde am Donnerstag, dem 24. d. M., von 11—1 Uhr vormittags. (6125)

### Das Posener Diakonissenhaus.

Dem neuesten Jahresbericht der Evangelischen Diakonissenanstalt zu Posen entnehmen wir folgende interessante Angaben:

Am 1. Januar 1933 betrug die Zahl der Schwestern des Posener Diakonissenmutterhauses 365, gegen 369 im Vorjahr. Davon waren 298 eingesegnete Diakonissen-schwestern, 50 Beischwestern (Novizen) und 19 Probe-schwestern. Diese ansehnliche Zahl reicht noch nicht aus, um alle Arbeiten zu übernehmen, die an das Mutterhaus herantreten. Kranken- und Gemeindepflege, Pflege der Alten und Siechen, der Krüppel und Blinden, der Säuglinge und Knaben und Mädchen in Alumnaten und Heimen, der Mütter und Baisen, das sind die Aufgaben, die zu diesem ausgedehnten Werk christlicher Liebe stätigkeit gehören. Daraüber hinaus waren die Schwestern noch tätig im Kindergottesdienst, Lesegottesdienst, Leseabend, Religionsunterricht, Konfirmationsstunden, Mütter- und Säuglingsberatungsstunden, im Kirchenchor und Organistendienst, in der Frauenhilfe und im Jungmädchenverein, in der Jugendpflege und in der Winter- und Nothilfe.

Das Posener Diakonissenhaus leidet zeitweise noch unter Schwesternmangel, zumal da die Ausbildung jetzt viel länger dauert, als es in vergangenen Zeiten der Fall war. Zu seinem großen Leidwesen muß das Mutterhaus die Mehrzahl der jungen Mädchen, die sich zum Eintritt melden, zurückweisen, weil sie entweder den Anforderungen, welche der Diakonissenberuf an die Gesundheit stellt und stellen muß, nicht genügen, oder weil ihre Schulbildung zu mangelhaft ist. Es mußte feststellen, daß das Maß von Wissen, welches die jungen Mädchen mitbringen, in den letzten Jahren immer geringer geworden ist. Von denen, die im vergangenen Jahr zur Probe aufgenommen wurden, mußten mehrere wieder entlassen werden, weil ihre Gesundheit oder ihre geistige Begabung nicht ausreichten. Die Arbeit der Diakonissen im Gebiet der unteren evangelischen Kirche in Polen wird immer umfangreicher. Die Gemeinden erwarten für den Ausbau ihres kirchlichen Lebens immer mehr von den Schwestern.

Am 1. Januar 1933 gehörten zum Posener Mutterhaus u. a. 74 Gemeindepfleger, 7 Gemeindepfleger mit Siechenpflege, 2 Gemeindepfleger mit Kindergarten, 5 Krankenhäuser, 3 Siechenhäuser, 2 Siechenhäuser mit Altersheim, 3 Erholungshäuser, 3 Alumnate für Knaben und Mädchen, 2 Kinderheime, 7 Kindergärten. Neu übernommen wurden im vergangenen Jahr die Gemeindepfleger in Fabrone, Kirchspiel Voruc und Podz; aufgegeben wurden die Gemeindepfleger in Opalenka, Rentschau und Gieschewald.

Das Krankenhaus des Mutterhauses in Posen hat mit außerordentlich großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Verschiedene Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß die Zahl der Kranken wesentlich zurückgegangen ist. Damit haben sich auch die Krankenhausentnahmen bedeutend verringert, während die Ausgaben nicht in entsprechendem Maße herabgesetzt werden konnten. Zum erstenmal in der 67jährigen Geschichte des Diakonissenmutterhauses mußte die Rechnung der Anstalt mit einem hohen Fehlbetrag abgeschlossen werden. Im Jahre 1932 wurden im Posener Mutterhaus 1667 Kranke verpflegt (44 871 Pflegetage) gegen

2162 (62 469 Pflegetage) im Jahre vorher. Davon waren 870 = 52,2 Prozent evangelisch, 767 = 46 Prozent römisch-katholisch, 1 orthodox und 29 mosaisch. Auf den Gemeinde-pflegetagen wurden 16 386 Kranke betreut, in den Krankenhäusern 1523.

Zum leitenden Arzt hat der Vorstand der Diakonissen-anstalt Dr. Robert Weise gewählt, der nach längeren Verhandlungen auch die behördliche Zustimmung zur vorläufigen Führung dieses Amtes erhalten hat.

**z Czarnikau (Czarnków), 20. August.** In der Nacht zum 19. d. M. zertrümmerten Diebe das Schaufenster des Kaufmanns Borucka und stahlen einen Browning, Munition und Zigaretten im Wert von etwa 150 Zloty.

**w Jordan, 20. August.** Ein Motorradunfall ereignete sich an der gefährlichen Straßenkreuzung, die zur Weichselbrücke führt. Dort stieß ein Motorrad mit einem Auto zusammen. Der Motorradfahrer stürzte und blieb bewußtlos liegen und kam erst nach längerer Zeit wieder zu sich. Das Motorrad ist beschädigt.

**z Nowroclaw, 20. August.** Wegen Widerstandes und Bekleidung hatte sich dieser Tage die Frau Maria Anna Graczyk aus Kijewo hiesigen Kreises zu verantworten. Sie kam wohl auch mit ihrem Mann bis in den Korridor des Amtsgerichts, fürchtete sich dann aber vor der Anklagebank und schickte ihren Mann in den Gerichtssaal, der auf der Anklagebank Platz nahm, bis der Richter den Irrtum bemerkte und ihn wieder hinausschickte, um die Frau hereinzurufen. Die Angeklagte hatte bei einer Exekution dem amtierenden Gerichtsvollzieher die von diesem gepackten Gegenstände aus der Hand gerissen, unter groben Beißimpfungen. Während der Staatsanwalt für den Widerstand 8 Monate und für die Bekleidung 6 Monate Gefängnis forderte, verurteilte das Gericht die dort so mutige und fest so kleinsame Frau zu einer Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

**Im Garten des Restaurants Kluczkowski in Gocanowo** gerieten während des Sommervergnügens der 19jährige Arbeiter Ignaz Raczyński aus Gocanowo und der 22jährige Arbeiter Adam Spychał aus Rusinowo in einen Streit, der in eine blutige Schlacht ausartete. Spychał brachte dem Raczyński einige gefährliche Verlebungen am Kopf bei, die dessen sofortige Überführung ins Krankenhaus notwendig machten.

**z Mogilno, 19. August.** In der Nacht zum Freitag brachen noch nicht ermittelte Diebe in das Geschäft des Kaufmanns Łapanowski ein und stahlen allerlei Waren im Wert von 500 Zloty. Die Polizei ist den Dieben auf der Spur.

**z Nakel (Nakło), 19. August.** Einen Selbstmordversuch verübte der Arbeiter Rajer von der Bäckerei-fabrik, als Arbeit und Amtswohnung gekündigt worden waren. Er nahm Lysol, nachdem er sich in sein Zimmer eingeschlossen hatte. Der Vorfall ist aber noch rechtzeitig bemerkt worden, so daß man Rajer noch in das Wirtschafts-Krankenhaus schaffen konnte. Der Zustand desselben ist aber sehr bedenklich.

**z Pleschen (Pleszew), 20. August.** Beim Ahrensammeln angeschossen wurde auf den Feldern des Rittergutes Jedlec der 14jährige Józef Grzeszak durch einen Förster. Dieser traf eine Ahre sammelnde Kinderschar auf einem Felde, auf dem noch Garben in Mandeln standen. Auf seine Aufforderung, das Feld zu verlassen, reagierten die Kinder nicht. Um ihnen Respekt einzuzagen, gab der Förster einen Schuß ab, der ungünstiger Weise den G. traf und ihn an Kopf und Brust verletzte. Er wurde sofort in das Krankenhaus nach Pleschen geschafft, wo festgestellt werden konnte, daß die Verlebungen ungefährlich sind.

**z Posen (Poznań), 19. August.** Von den unerquicklichen Verhältnissen auf dem Gebiete des hiesigen Wohnungswesens zeugt wohl am besten die Tatsache, daß im Stadtteil St. Lazarus der zuständige Gerichtsvollzieher am heutigen Sonnabend nicht weniger als neun Exekutionen vorzunehmen hatte. In einem Falle erfolgte die Exekution eines Lebensmittelhändlers in der fr. Prinzenstraße, weil er für 28 Monate mit 3000 Zloty Miete im Rückstand geblieben war.

**Der Ausstand der städtischen Notstandsschüler** in Wilda ist dadurch beendet worden, daß der Städtische Arbeitsfonds einem Magistratsantrage auf gleiche Entlohnung aller Beschäftigten entsprochen hat.

**Am früheren Bildator richteten sich zwei Messerhelden, Maximilian Pflaum und Josef Pietrzak durch Messerstiche so übel zu, daß sie dem Stadtkrankenhaus zugeführt werden mussten.**

**In der fr. Kronprinzenstraße wurde die 10jährige Józefa Dukiewicz von einem Motorrade überfahren und schwer verletzt.**

Aus dem elektrotechnischen Geschäft von Wladyslaw Maslowski, fr. Wilhelmstraße 26, wurden außer 800 Zloty Bargeld Waren im Wert von 1800 Zloty bei einem Einbruch gestohlen. — Aus der Kasimir Oliszewskis Wohnung, Halbdorfstraße 23, wurden Kleidungsstücke für 500 Zloty und aus der Maserwerkstatt von Leon Janiszewski, Schuhmacherstraße 9, Werkzeuge und Leitern im Wert von 600 Zloty von Einbrechern gestohlen.

Von Hasardspieler um seine gesamte Bartschaft gerufen wurde in einer Gastwirtschaft der fr. Glogauerstraße ein Franz Szoldra aus Dratzig Mühle.

In der Nähe von Luban wurde gestern die 17jährige Agnes Matk aus Laski beim Ziegenhüten, als sie die Tiere vor dem herannahenden Zuge von den Schienen treiben wollte, von der Lokomotive beiseite geschleudert und so schwer verletzt, daß sie bald nach ihrer Einlieferung im Stadtkrankenhaus starb.

**\* Audite, 20. August.** Bei der Durchführung von Erdarbeiten zum Zwecke der Befestigung der Wasserleitungsröhren stieß man in einer Tiefe von 4,5 Metern auf einen Hammer, eine Axt und eine Art von Hacke aus Hirschgeweih. Alle diese Gegenstände befinden sich in einem außergewöhnlich guten Zustand und stammen wahrscheinlich aus der Quartärzeit. Sie sind abgeschliffen und der Hammer hat in der Mitte eine runde Öffnung. Am Fundorte förderte man gleichfalls einen Kloß Birkenholz aus Tageslicht.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyke; für Anzeigen und Plakate: Edmund Przygrodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. p. sämtlich in Bromberg.

**Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 190**



Bromberg, Dienstag den 22. August 1933.

## Pommerellen.

21. August.

## Graudenz (Grudziadz).

× Ermäßiger Brotpreis. Wie der Stadtpräsident zur öffentlichen Kenntnis bringt, kostet von heute, Montag, ab das Kilo Brot aus 65prozentig ausgemahlenem Roggengehl 32 Groschen. \*

× Eine Besteigung auf dem Bahnhofe oder in Bäumen gesunder Sachen, wie Stöcke, Schirme, Koffer, Kleidungsstücke usw., findet, wie amtlich bekanntgegeben wird, am Dienstag, 22. d. M., vormittags 10 Uhr, im Magazin der Graudener Güterexpedition statt.

× Der Sonnabend-Bodenmarkt hatte wieder bessere Aufsicht zu verzeichnen; auch der Marktgang gestaltete sich bedeutend reger. Butter kostete 1,40—1,50, Eier brachten 1,10—1,20, Weißkäse 0,10—0,50, Apfel 0,20—0,50, Birnen 0,15—0,40, Pfirsiche (Spillen) 0,50, Aprikosen 0,60, Preiselbeeren 0,45—0,60, Johannisbeeren 0,25—0,30, Brombeeren 0,50, Tomaten 0,25—0,35, Rehsüchsen 0,50, Champignons 1,00, Kartoffeln der Bentner 3,50—4,00, das Pfund 0,04—0,05. Für alle Hühner zählte man 2,50—3,50, Enten 2,50—3,00, Tauben das Paar 0,90—1,00. An den Fischständen gab es große Aale zu 1,40—1,60, kleine und mittlere zu 0,80—1,20, Hechte 0,90, Schleie 0,80, kleine Karpen 0,50, Plötz 0,35—0,60, kleine Krebs die Mandel 0,75. Gemüse gab es reichlich zu den bisherigen Preisen; desgleichen Topf- und Schnittblumen.

× Unfall. Bei einem Neubau in der Pilsudskistraße hatte Freitag nachmittag der 16jährige Lehrling Edward Parkiewicz das Misgeschick, infolge eines Fehlrittes aus einer Höhe von ca. 10 Metern vom Baugerüst zu stürzen. Dabei zog er sich verschiedene Verletzungen zu. Die Wucht des Falles erfuhr dadurch eine Abschwächung, daß der junge Mensch während des Sturzes an unteren Gerüstteilen hängen blieb und von dort erst den Boden erreichte. Man brachte den Verunglückten in seine in der Schwerinstraße (Słupskiego) befindliche Behausung. \*

× Ausgesetzt. Wie wir berichteten, hat man in der Culmerstraße (Chelmicka) ein Kind ausgesetzt, einen etwa 4—5jährigen Knaben, der taubstumm und geistes schwach ist, so daß man weder seinen Namen, noch sein genaues Alter, noch seine Herkunft feststellen kann. Der Knabe, der barfuß, ohne Kopfbedeckung und ärmlich gekleidet aufgegriffen wurde, befindet sich nach wie vor im St. Jozef-Heim. Wer irgendwelche Angaben über ihn machen kann, wird gebeten, sich dort oder bei der Polizei zu melden. \*

## Thorn (Toruń).

× Der Wasserstand der Weichsel betrug Sonnabend früh bei Thorn 0,16 Meter über Normal, gegen 0,17 am Vortage. — Schleppdampfer „Uranus“ setzte sich mit drei mit Getreide beladenen Rähmen nach Danzig in Fahrt. Die Passagierdampfer „Baltic“ und „Mars“ passierten die Stadt auf dem Wege von Warschau nach Dirschau bzw. Danzig, „Witeź“ und „Kaniowczyk“ in umgekehrter Richtung. \*\*

× Standesamtliche Nachrichten. In der Zeit vom 30. Juli bis 5. August d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt 25 eheliche Geburten (11 Knaben und 14 Mädchen), die uneheliche Geburt eines Knaben sowie zwei Totgeburten (Knabe und Mädchen) zur Anmeldung und Registrierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 16 (zehn männliche und 6 weibliche Personen), darunter 6 Personen über 50 Jahre und 3 Kinder im ersten Lebensjahr. Im gleichen Zeitraum wurden 5 Eheschließungen vollzogen. \*\*

× Das seltene Fest der goldenen Hochzeit und zugleich sein goldenes Berufsjubiläum beging am heutigen Tage Färbermeister Adam Kaczmarek mit seiner Ehefrau Clementine, geb. Lamicka. \*\*

× Von der Eisenbahndirektion. Wie verlautet, beginnt im September die etappenweise Verlegung der Polnischen Eisenbahndirektion von Danzig nach Thorn. Den Anfang macht die Direktionskasse, der die anderen Abteilungen der Reihe nach folgen. Die vollständige Fertigstellung des Eisenbahndirektionsgebäudes hat bis zu dem oben genannten Zeitpunkt zu erfolgen. \*\*

× Wegen Einbaus einer Straßenbahnumweiche auf dem Bankplatz (Plac Bankowy) wird der Passagierverkehr am 21. d. M. (Montag) durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. In der Hindenburgstraße (ul. 3 Maja) muß der Straßenbahnbau während der kommenden Woche gleichfalls durch Umsteigen aufrecht erhalten werden, da hier der Bau des Wassertankers in Angriff genommen wird. \*\*

× Kindesaussetzung. Im ersten Stockwerk des Hauses Breitestraße (Szaroja) 18 fand man ein etwa 14 Tage altes Kindlein männlichen Geschlechts, das von seiner unnatürlichen Mutter dort ausgesetzt worden war. Die Wohlfahrtsabteilung des Magistrats nahm das Kind in Obhut. \*

× Vom Baum abgestürzt. Sonnabend mittag stürzte der 9jährige Tadeusz Suchodolski in der Brombergerstraße von einem Baum und zog sich beim Aufschlagen auf den Erdboden einen Bruch des rechten Schlüsselbeines zu. \*

× Diebstahlschronik. Aus der Auto-Werkstatt von Anton Głyda, Hofstraße (Kochanowskiego) 7, wurden verschiedene Auto-Zubehörteile im Gesamtwert von 200 Zloty gestohlen. — Aus dem Garten von Henryk Kutzowski, Konduktstraße (Wodna) 11, verschwanden zirka 2½ Bentner Birnen. — Auf der Leibnitzer Chaussee (Szosa Lubelska) wurde die das südliche Terrain eingrenzende Umzäunung von unerkannt entkommenen Tätern um zirka 5 Meter „verkürzt“. \*\*

× Neben sechs kleineren Diebstählen und einem anderen Eigentumsvergehen verzeichnet der Polizeibericht vom Freitag dreizehnmalige Protokollaufnahmen wegen Übertretung der polizeilichen Verwaltungsvorschriften, eine Protokollaufnahme wegen Bedrohung sowie zwei Protokollierungen wegen Behinderung amtierender Personen. — Verhaftet wurden zwei diebstahlsvorwürfliche Personen und drei Landstreicher. \*\*

v. Aus dem Landkreis Thorn, 20. August. Einbrecher statten in der Nacht zum 10. d. M. in Balfau (Brzoza) der Wohnung einer Berta Steinag einen unerbetenen Besuch ab. Nach Vergiftung des Hushundes drangen die Täter durch ein eingeschlagenes Fenster in die Stube und entwendeten eine silberne Damenuhr, eine goldene Kette mit Anhänger, sowie andere Gegenstände im Gesamtwert von ca. 100 Zloty.

\* Gdingen (Gdynia), 19. August. Vor einigen Tagen nahm sich hier durch einen Revolverschuß der Beamte des Regierungskommissariats in Gdingen, Ing. Wiesław Lubański das Leben. Die Beerdigung des hohen Beamten war, wie das „Głos Pomorza“ berichtet, sehr eigenartig. Vor dem Sarge wurde ein orthodoxer Kreuz getragen, hinter dem ein orthodoxer Pope schritt, während die Beiseitung auf dem evangelischen Friedhof in Witomin erfolgte.

d. Gdingen (Gdynia), 20. August. Ertrunken ist beim Baden der Schüler Józ. Schmidt, der zu weit aufs Meer hinausgeschwommen war. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Wegen Raubüberfalls hatten sich vor Gericht zu verantworten Jul. BednarSKI und J. RosnowSKI von hier. Die Anklage warf beiden Benannten, die schon mehrmals vorbestraft sind, vor, am 17. Juli d. J. den Fleischermeister Geldmeister aus Karthaus in einem Lokal um 200 Zloty bestohlen zu haben. Ferner hätten sie den Benannten mit Gewalt in eine Autotaxe gezogen und seien mit ihm in der Richtung Kl. Kasz fortgefahren, wobei sie ihm den Rest des Geldes, etwa 600 Zloty, gehoben und ihn dann auf freier Chaussee ausgezettelt hätten. Die Angeklagten bestreiten den Raubüberfall, geben aber den Diebstahl zu. Das Gericht verurteilte BednarSKI zu 2½ Jahren und RosnowSKI zu 2 Jahren Gefängnis.

Infolge zu großer Fahrgeschwindigkeit mehren sich hier die Autounfälle täglich. Gestern ereigneten sich in der Danzigerstraße zwei Unfälle, wobei der Schüler Josef Wolkert lebensgefährlich und der Arbeiter Józ. Kosiodowski leichter verletzt wurden.

Ein Stubenbrand entstand infolge leichtsinnigen Hantierens mit Benzin in der Wohnung des Beamten Pelpiński, wobei ein Teil der Möbel stark beschädigt wurde. Das Feuer konnte durch Nachbarn zeitig gelöscht werden.

Verunglückt ist im Hafen der Matrose Tadeusz Walusiak, der durch eigene Unvorsichtigkeit eine schwere Brustkastenquetschung davontrug. Er wurde sofort ins Krankenhaus überführt, wo er bald darauf verstarb.

tz. Konitz (Chojnice), 19. August. Die vor kurzem in die hiesige Besserungsanstalt eingelieferten Bettler und Landstreicher schienen sich bei der Arbeit nicht recht wohl zu fühlen. Einige Heizer nutzten dies aus und wiegelten die anderen auf, zu streiken und jede Arbeitsleistung zu verweigern. Erst nachdem mehrere Polizeibeamte nach der Anstalt beordert wurden, gelang es, die Leute wieder zur Vernunft zu bringen. Fünf Rädelführer wurden verhaftet.

Plötzlich die „Sprache“ wiederbekommen hat ein Bettler, der, angeblich taubstumm, in der Koschneiderei mit der Mildtätigkeit der Besitzer rechnete. So kam er auch an ein Haus, in dem sich trotz Klopfens keiner zeigte. Der gute Mann bemerkte nun die Gelegenheit, sich alles Greifbare schnell in die Taschen zu stopfen. Dabei wurde er überrascht und erhielt eine gehörige Tracht Prügel. Ob es der Schreck oder Schmerz war, möge dahingestellt bleiben, aber er fing zu schreien und schimpfen an, daß er von seiner Krankheit für immer geheilt zu sein scheint.

Der heutige Wochenmarkt war gut besucht, es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,60—1,80, Eier 1,10 bis 1,30, Ferkel 25—35 Zloty.

p. Neustadt (Wejherowo), 20. August. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, 14 Bauzäune von dem gräßlichen Gut Schmechau zu kaufen und diese sofort an Neubauern abzugeben. Der Magistrat wurde sodann ermächtigt, mit der „Bank Rolny“ in Unterhandlungen zu treten zwecks Errichtens eines größeren Darlehns zum Ausbau der Kanalisation in Schmechau. Die Versammlung beschloß ferner, das Haus Nr. 4a am Markt zu verkaufen und den Erlös zum Kanalisationsausbau zu verwenden. In die Revisionskommission wurde der Postdirektor Nowak gewählt.

Einen plötzlichen Tod infolge Herzschlags erlitt gestern früh auf dem Bahnhof beim Kauf einer Fahrkarte der Bonbonsfabrikant Wladyslaw Kowalski hier. Er war 60 Jahre alt und hinterließ Frau und Kinder.

Beim Baden durch eigene Unvorsichtigkeit ertrunken ist der Techniker Rudolf Rogowski aus Böhmischeschlesien. Die Leiche konnte sogleich geborgen werden.

Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Kartoffeln 3,00, Butter 1,30—1,50, Eier 1—1,20; Ferkel brachten pro Stück 12—15 Zloty.

f. Strasburg (Brodnica), 20. August. Auf Veranlassung des Staatsanwalts wurde Stadtsekretär Felix Szatkowski in Untersuchungshaft genommen. Näheres ist nicht bekannt.

Von einem unbekannten Diebe wurde dem Swiatkowski auch Michalow (Michałowo) sein Fahrrad entwendet.

P. Danzig (Danzig), 20. August. Laut Bekanntmachung vom 19. d. M. ist der Brotpreis für 1 Kilo Roggengehl 0,82 auf 0,90 Zl. herabgesetzt worden.

Ein Feuer vernichtete im nahen Wiele, Kreis Wirsitz, bei dem Besitzer Galazyński eine Scheune mit diesjähriger Ernte und die darin befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen, ebenso vernichtete das Feuer den Dachstuhl der angrenzenden Viehställe. Der Schaden ist groß.

Im nahen Świdwie konnte dieser Tage von einem Polizeiposten der taubstumme Bettler Emanuelowski als Betrüger entlarvt werden, als er bei den dortigen Landwirten erschien und eine in deutscher und polnischer Schrift bedruckte Karte vorzeigte, die den Stempel des Graudener Stadtpräsidenten trug. Der Bettler ist ein durch die Polizei gesuchter schwerer Junge.

In der ein Kilometer entfernt gelegenen Ortschaft Wittum ist amtlich unter den Schweinebeständen der Besitzer

## Abonnenten auf dem Lande

welche noch nicht auf die „Deutsche Rundschau“ für den Monat September abonniert haben, wollen dies umgehend tun, damit eine rechtzeitige Belieferung vom 1. September 1933 ab erfolgen kann. Die Briefträger sowie alle Postämter in Polen nehmen Bestellungen auf die „Deutsche Rundschau“ entgegen.

## Postbezugspreis:

für den Monat September 4,89 Zt

Emil Borhert, Albert Borhert, Konrad Teßmer und M. Teßmer der Rotlauf festgestellt worden.

Auf dem letzten Wochenmarkt kostete bei reichlicher Belieferung das Pfund Butter 1,40, Eier die Mandel 1,00. Auf dem Schweinemarkt brachte das Paar Ferkel 25—30 Zloty.

x Zempelburg (Sepólno), 20. August. Laut amtlicher Mitteilung im Kreisblatt ist mit dem 16. d. M. eine weitere Herausgabe des Brotpreises eingetreten. Demnach kostet ein Kilo Roggengehl 0,30, eine Weizemehl-Semmel 0,05. Die Preise für Fleisch und Wurstwaren sind unverändert geblieben.

Unter den Schweinebeständen des Besitzers Julius Schmidt in Zempelkovo ist amtlich die Rotlaufszene festgestellt worden. Die erforderlichen Sparmaßregeln sind angeordnet.

Auf dem letzten Wochenmarkt kosteten: das Pfund Butter 1,20—1,30, die Mandel Eier 0,90—1,00, Echkartoffeln 2—2,50 pro Bentner, Tomaten 0,40, Preiselbeeren 0,50 der Liter. Auf dem Schweinemarkt wurde das Paar Absatzferkel mit 25—30 Zloty gehandelt.

## Aus Kongresspolen und Galizien.

## Wieder zwei Dörfer in Flammen.

Ein Riesenfeuer vernichtete in dem Dorfe Gradae (Kreis Czestochowa) 38 häusliche Anwesen. Das Feuer wurde durch Funken aus einer bei Begehrungen auf der Chaussee verwandten Dampfwalze verursacht. Infolge der Trockenheit breitete sich das Feuer sehr rasch aus, so daß das ganze Dorf im Laufe einer halben Stunde ein einziges Flammenmeer bildete. Zwei Frauen erlitten Brandverletzungen, denen die eine bald darauf im Krankenhaus erlag. Der angerichtete Schaden wird auf 100 000 Zloty geschätzt.

Ein ähnliches Großfeuer hat sich im Dorfe Chorzevice bei Radomsko ereignet, wo die Scheune des Besitzers Wacław Skankiewicz in Brand geraten war. Auch hier stand bald das Dorf in Flammen. Die Löschaktion wurde infolge des herrschenden Windes stark erschwert. Die aus dem Schlaf geschreckten Dorfbewohner konnten lediglich Teile ihrer Habe in Sicherheit bringen.

## In der Tatra abgestürzt.

Zwei Journalisten, die den Giewont in der Tatra bestiegen hatten, beobachteten beim Abstieg ins Strażysko, wie ein Tourist nicht weit von ihnen abstürzte. Beide eilten sofort ins Tal hinunter und von dort aus nach Zakopane, wo sie gegen 6 Uhr abends ankamen. Nachdem sie den Vorfall gemeldet hatten, machte sich eine freiwillige Rettungsexpedition, die sich aus vier Bergführern zusammensetzte, auf, um den Verunglückten zu suchen. Nach den Aussagen der Journalisten soll der Abstürzte tödlich verunglückt sein. Sein Name konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

## Graudenz.

für einen kinderlosen Haushalt in Graudenz wird ein evangelisches Alleinmädchen gesucht. Angeb. unt. Nr. 6068 an Emil Roman, Toruńska 16, erb. 6088 unbemitt. Schüler findet zuverlässig und ordnungsliebend ist. Angebote unter Nr. 6105 an die Gesell. Arnold Kriede, ul. 6070 an d. Gesell. Arnold Kriede, Grudziadz, erbauen.

für Konzerte Gesellschaften und Tanz empfiehlt sich Kapelle R. Jeske, Sz. 52, Mickiewicza 22, Wg. 6. Zum neuen Schuljahr sind noch 5908 Plätze frei.

f. Schule für Blinde d. Goethesch. Gertrud Herzberg, ul. Grobla 26, Wg. 1, 5 Min. vom Bahnhof, 12 Min. z. Goetheschule.

f. Schule für Blinde d. Goethesch. Gertrud Herzberg, ul. Grobla 26, Wg. 1, 5 Min. vom Bahnhof, 12 Min. z. Goetheschule.

für die Einmachzeit: Glashaut Salzhalt Bergamentpapier in Bogen. Justus Wallis, Papier-Handlung, Toruń, Sz. 34. Gegr. 1853.

für die Einmachzeit: Glashaut Salzhalt Bergamentpapier in Bogen. Justus Wallis, Papier-Handlung, Toruń, Sz. 34. Gegr. 1853.

f. Schule für Blinde d. Goethesch. Gertrud Herzberg, ul. Grobla 26, Wg. 1, 5 Min. vom Bahnhof, 12 Min. z. Goetheschule.

f. Schule für Blinde d. Goethesch. Gertrud Herzberg, ul. Grobla 26, Wg. 1, 5 Min. vom Bahnhof, 12 Min. z. Goetheschule.

f. Schule für Blinde d. Goethesch. Gertrud Herzberg, ul. Grobla 26, Wg. 1, 5 Min. vom Bahnhof, 12 Min. z. Goetheschule.

# Der Durchbruch in der russischen Eisenbahnfront.

Von Axel Schmidt.

In den letzten Monaten klagte die russische Presse lebhaft über die Krise in der Eisenbahnwirtschaft. Als Ursache dafür wurden zwei Umstände angeführt: die schlechte Organisation des Eisenbahnwesens und die Vernachlässigung des Ausbaus der Eisenbahnlinien, da alle Aufmerksamkeit auf die Industrialisierung des Landes gerichtet sei. Der Rückgang des Güterumschlags nebst der Zunahme von Unglücksfällen hat eine allgemeine Nervosität in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Die Tatsache, daß im ersten Quartal des Jahres 1933 der Güterumschlag auf 61 Millionen Tonnen zurückgegangen ist gegen 67 Millionen Tonnen im ersten Quartal 1932, obgleich inzwischen die Zahl der Lokomotiven und Wagenwaggons stieg, wird von der Sowjetpresse mit großer Entrüstung festgestellt.

Nach allgemeiner Ansicht sind nicht so sehr technische Mängel der Grund für diesen Rückgang, sondern Fehlbesetzungen in personeller Beziehung. Die Presse rügt die schlechte Arbeitsdisziplin der unteren Angestellten, hebt den Mangel an geschulten höheren Beamten hervor und geißelt den Bürokratismus der Zentralbehörden. Die Zentralverwaltungen seien Wasserköpfe geworden, die durch ihre Unübersichtlichkeit jede schnelle Abwicklung der Geschäfte unmöglich machen.

Der Verkehrskommissar Andrejew hat sich daher genötigt gesehen, mit einigen energischen Dekreten gegen diese Mißstände einzutreten. In dem ersten dieser Dekrete wird erklärt, daß die schlechten Leistungen der Eisenbahn in erster Linie auf die „mangelhafte Leistung“, auf die „organisatorischen Mängel“ und den „bürokratischen Schleier“ zurückzuführen seien. In einer Rede vor den Beamten des Mostauer Knotenpunktes unterzog der Verkehrskommissar die bisherige Personalpolitik einer scharfen Kritik. Er schrieb die Hauptschuld an dem Versagen des Eisenbahnwesens den leitenden kommunistischen Beamten zu. Er nannte sie „ungebildete und halbgebildete Alleswissende“. Um hierin eine Besserung zu bewirken, wurde für alle auf leitende Posten ausserordentliche Beamte eine besondere Eignungsprüfung eingeführt. Es würde in Zukunft — so erklärte Andrejew — nicht mehr genügen, daß ein Kandidat ein alter Parteigenosse sei, sondern er werde besondere Kenntnisse im Eisenbahnenwesen aufweisen müssen.

Um diese angeführten Mängel zu bekämpfen, ist die Zentralleitung von Grund aus reorganisiert worden. Sämtliche fünf Stellvertreter des Volkskommissars wurden entlassen. Weiter wurde die Beamtenschaft der Zentrale und aller Hauptverwaltungen um 20 Prozent gekürzt. Die fähigsten Techniker und Ingenieure aus der Zentrale wurden auf die Strecke zurückkommandiert. Vor allem aber sind die Beamten wieder mit größerer Befehlsgewalt ausgestattet worden, damit sie sich nicht mehr wie bisher hinter kollegiale Beschlüsse verschließen können.

Weiter ist eine Neugestaltung der Löhne und Gehälter vorgesehen, wobei die Eisenbahner den Industriearbeitern gleichgestellt werden sollen, also in eine bevorzugte Stellung befördert werden. Durchschnittlich soll das Gehalt der Ingenieure und Techniker auf der Strecke um 15 Prozent erhöht werden. In den Reparaturwerstätten soll ein progressives Akkordsystem eingeführt werden und für die leitenden Beamten in diesen Betrieben sind Prämien vorgesehen worden, um den Schleier bei den Reparaturarbeiten zu beseitigen. Zur Erhöhung der Kontrolle sind nach dem Muster der Sowjetgüter und der Traktorenstationen politische Abteilungen gebildet worden, die speziell für die Erhöhung der Leistung und Abstellung von Mißständen zu sorgen haben.

Schließlich soll nach dem Muster der Industriemeile die Versorgung der Eisenbahner mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs neu geregelt werden. Die bisher bestehenden Konsumvereine sind beseitigt und dafür sind bei den Eisenbahndirektionen besondere Abteilungen für die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und anderen Waren eingerichtet worden. Auch hier sollen die Eisenbahner den Industriearbeitern in bezug auf Belieferung mit Waren gleichgeschaltet werden. Da aber die Ernährungslage in Russland eine sehr schwere ist, dürfte dadurch kaum eine wesentliche Besserung der Ernährungsverhältnisse bei den Eisenbahnherrn zu erwarten sein.

Dieses energische Eingreifen des Leiters des Verkehrsministeriums hängt mit dem Beginn der Erntekampagne zusammen, die stets große Anforderungen an das Eisenbahnwesen in Sowjetrussland stellt. Je schlechter nämlich die Ernte aussäuft — und dieses Mal handelt es sich um eine Missernte — um so besser muß der Verkehr funktionieren, damit die Ernährung der Bevölkerung nicht gefährdet werde. In diesem Jahr wird die reibungslose Arbeit der Bahnen um so notwendiger sein, als die Bevölkerung infolge der verfehlten Exportpolitik der letzten Jahre über gar keine Vorräte aus der vorigen Ernte verfügt. Freilich werden diese an sich so notwendigen Maßnahmen im Verkehrswesen die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß in diesem Jahr wieder einmal das russische Volk hungert. Doch auch ein fabelhaft arbeitendes Verkehrswesen dürfte nicht genügend Getreide zu transportieren haben, um das Volk auch nur einigermaßen ernähren zu können.

## Großer englischer Bergarbeiterstreit.

Wie die Blätter aus Swansea (Südwales) melden, haben 12 000 Arbeiter in 22 den Vereinigten Anthrazitzechen gehörenden Schächten die Arbeit eingestellt.

Der Streik wird in zuständigen Kreisen als der verheerendste und folgenschwerste seit Jahren bezeichnet. Der Streik ist deshalb so gefährlich, weil sich der englische Anthrazitabbau in der letzten Zeit besonders günstig entwickelt hatte. Hauptabbaugebiet ist Kanada, dessen Anthraziteinkäufe in Südwales unter dem Einfluß der Abschaffungen von Ottawa stark in die Höhe gingen. In diesem Frühjahr versuchten die Anthrazitgruben der Vereinigten Staaten den englischen Import nach Kanada dadurch zu verdrängen, daß sie eine Preiserhöhung von 3 Schilling 4 Pence pro Tonne vorschlugen. Kanada blieb jedoch dem englischen Anthrazit treu.

Der ganze große Vorsprung, den England auf dem kanadischen Markt errungen hat, droht verloren zu gehen, wenn der Streik nicht sehr bald beigelegt wird.

## Streik auch in Newyork.

Trotz des von Präsident Roosevelt im Interesse des nationalen Wiederaufbaues verkündeten Arbeitsfrie-

dens sind heute morgen in Newyork, New Jersey und Connecticut 60 000 Arbeiter und Angestellte der Bekleidungsindustrie in den Streik getreten. Der Streik ist der größte seit dem Amtsantritt des Präsidenten Roosevelt.

Das Ziel des Streiks ist die Abschaffung der sogenannten Sweatshops, das heißt Hungerlöhne für Schwerstarbeit.

## Englische Luftfahrtpläne?

Das Blatt der Arbeiterpartei „Daily Herald“ berichtet, die britische Regierung plane, 100 Kampfflugzeuge von großer Schnelligkeit zu bauen und sie ohne Verzug in die britischen Luftstreitkräfte einzustellen, wenn die Abrüstungskonferenz keine Vereinbarung zugunsten einer Beschränkung der Weltluftstreitkräfte erzielen sollte. Auch ein neues Geschwader von Seeflugzeugen für die Flotte sei in Aussicht genommen und werde im kommenden Etat vorgesehen werden.

Das Blatt, das seine Meldung in großer Aufmachung bringt, gibt seiner Auffassung darin Ausdruck, daß eine Einigung in Genf über die Herabsetzung der Luftstreitkräfte höchst unwahrscheinlich sei, da die britische Delegation auf ausdrückliche Anweisung des britischen Kabinetts einem Weltabkommen über Luftfahrten Hindernisse in den Weg lege. In seinem Leitartikel kritisiert das Arbeiterblatt diese Pläne der Britischen Regierung, die es als Einleitung zu einem Wettrüsten in der Luft ansieht, für das die Britische Regierung eine furchtbare Verantwortung tragen würde.

## Ansatz auf Banhoff.

In dem bulgarischen Kurort Tscheppino wurde am Donnerstag morgen auf den ehemaligen bulgarischen Ministerpräsidenten Professor Banhoff ein Bombenanschlag verübt. Auf offener Straße schleuderte ein Unbekannter gegen Banhoff zwei Granaten, die einen Leibwächter verletzten. Banhoff selbst blieb unverletzt. Der Attentäter wurde sofort verfolgt, konnte jedoch entkommen.

Professor Banhoff ist als Führer der nationalistischen bürgerlichen Opposition bekannt. Die Gründe zum Anschlag sind unbekannt, man vermutet aber, daß Komunisten die Hand im Spiele haben.

## Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein: anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beigelegt. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzuhängen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

**Honorar.** Die Honorarforderung des Rechtsanwalts richtet sich nicht in erster Linie nach dem Umfang der auf den Prozeß verhandelten Arbeit, sondern vor allem nach der Höhe des Streitobjekts. Bei einem Objekt von z. B. 1000 Blotz würde die Grundgebühr des Rechtsanwalts bereits 90 Blotz übersteigen, denn er kann für die ersten 500 Blotz 50 Blotz und von dem Überschuss für jede anschließende 100 Blotz 8 Blotz fordern.

**H. M. 227.** 1. Die drei benannten waren nicht berechtigt, den Abstand zu verlangen. Solche Verträge sind verboten und ungültig. Das zu viel Gezahlte kann mit den gesetzlichen Zinsen zurückverlangt werden. Wie es im Gesetz heißt, verjährt die Klage in 6 Monaten. Wenn die Verjährung beginnt, ob am Tage der Leistung, ist nicht gesagt. Trotzdem glauben wir nicht, daß Sie eine Klage richten, wenn Sie die letzten noch fälligen Mietstrafen nicht zahlen, sondern Sie auf das zu Unrecht Gezahlte verrechnen. Bei einer Klage würde das Risiko für die eventuelle Klägerin größer sein, denn es würden sich Verleugnungen der Börschriften des Art. 26 des Mieterbürggesetzes ergeben, die hohe Strafen androhen. Und diese Vergehen verjährn nicht in 6 Monaten. Ob Sie sonst noch von dem zu Unrecht gezahlten Gelde etwas wieder erhalten können, erscheint fraglich, da u. G. die oben zitierte Bestimmung über die Klageverjährung eine Klage ihrerseits aus § 812 B. G.-B. (ungerechtfertigte Bereicherung) ausschließt.

**G. Dreier Meister.** 1. Eingetragene Hypotheken von Privatpersonen, die am 22. Juni 1932 entstanden sind, brauchen vom 1. April 1933 ab nur mit 6 Prozent verzinst zu werden. Das Gleiche gilt auch von Hypotheken, die am 1. Juli 1933 entstanden sind, dagegen kann für Hypotheken, die am 2. Juli 1933 entstanden sind, der alte eingetragene Binsatz, auch wenn er 6 Prozent übersteigt, gefordert werden. Unter das Binsenkungsgesetz fallen nur dieseigenen Hypotheken nicht, die nach dem 1. Juli 1933 entstanden sind. 2. Kürzungen an ihren Schuldtiteln können selbsterklärend Schuldner niemals vornehmen. Dazu sind auch die Schiedsämter, die für Kreditsachen der kleinen landwirtschaftlichen Besitzer, d. h. Besitzer, die nicht mehr als 50 Hektar Land ihr eigen nennen, nicht ermächtigt. Diese Schiedsämter können nur den Binsatz auf 6 Prozent — nicht darüber — herabsetzen, können die Zahlungsstermine für die zahlenden Verpflichtungen festlegen und die Verpflichtungen in Raten zerlegen. Die Moratorien dürfen aber drei Jahre nicht überschreiten. Über diese Bestimmungen gehen ihre Befugnisse nicht hinaus.

## Wie steht es mit dem Fernsehen.

Die Industrie stellt ihre jüngsten Erzeugnisse vor.

Mit zu den interessantesten Abteilungen der Funkausstellung gehört die, die dem Fernsehen gewidmet ist. Hier wird der Besucher mit den neusten Erzeugnissen auf dem Gebiete der Ferntechnik vertraut gemacht, einem Gebiet, dem um so größeres Interesse entgegengebracht wird, als darüber in weiten Kreisen nur sehr unsakre Vorstellungen bestehen.

Ab und zu sehen wir in den Tageszeitungen durch Funktelegraphie übertragene Bilder, die sich durch Unbedeutlichkeit und grobe Ausführung auszeichnen pflegen. Das hat seinen Grund darin, daß das übertragene Bild in eine große Anzahl von Bildpunkten zerlegt werden muß, die in bestimmter Reihenfolge nacheinander gesandt werden. Je weniger Punkte übermittelt werden, um so weniger deutlich wird das Bild. Da daß Senden von sehr vielen Punkten nacheinander große Schwierigkeiten bereitet, hat man sich in der ersten Zeit mit einer geringen Anzahl begnügt. Man hat mit 1000 Bildpunktzahlen begonnen, man ist aber bereits im vorigen Jahr bis zu 10 000 gekommen. Durch diese Steigerung ist eine bedeutende Verbesserung erzielt worden, und auf der Funkausstellung 1933 sieht man bereits Bilder mit 40 000 Bildpunkten. Die Grenze für die Bildpunktzahl liegt in erster Modulationsfähigkeit der benutzten Wellenlänge. Bilder mit 10 000 Punkten müssen schon mit Kurzwellen gesendet werden, und die neuesten mit 40 000 Punkten erfordern Ultrakurzwellen.

Der Sender im Berliner Funkturm hat einen Ultrakurzwellenfänger mit 7 Meter Wellenlänge, der bereits seit längerer Zeit Versuchssendungen mit Bildern vornimmt und der für den Fernsehbetrieb vorgesehen ist. Vorläufig bestehen diese Bilder auch nur aus 10 000 Punkten, diese Zahl soll aber in absehbarer Zeit auf das Vierfache erhöht

## Juristische Rundschau.

### Über die Arbeitslosenversicherung.

Eine Rechtsfrage bezüglich der Versicherungspflicht.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Nach dem Arbeitslosengesetz vom 18. Juli 1924 sind Unternehmen, die mehr als 5 Arbeiter beschäftigen, verpflichtet, diese Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Hat ein Unternehmer zwei oder mehrere Unternehmungen, in denen jeder einzeln 5 oder weniger als 5 Arbeiter beschäftigt sind, aber in allen zusammen die Zahl der beschäftigten Arbeiter 5 übersteigt, ist dann der Unternehmer verpflichtet, seine sämtlichen Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit zu versichern?

Noch immer nicht — erklärte das Oberste Verwaltungsgericht. Denn die Versicherungspflicht richtet sich nicht nach den Unternehmensverhältnissen des Arbeitgebers, sondern nach den Arbeitsverhältnissen des Unternehmens selbst, darunter nach der Zahl der in demselben beschäftigten Arbeiter. Für die Versicherungspflicht sei also maßgebend allein, wenn zwei oder mehrere Unternehmungen demselben Arbeitgeber gehören, nicht die Zahl der vom Arbeitgeber in sämtlichen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter, sondern die Zahl der in jedem einzelnen Unternehmen mehr als 5 Arbeiter beschäftigt, so besteht keine Versicherungspflicht bezüglich keines der Unternehmen, auch wenn in allen Unternehmen zusammen mehr als 5 Arbeiter beschäftigt sind.

Diesen Rechtsprinzip dem Sinne nach stellte das Oberste Verwaltungsgericht auch als einen Rechtsgrund auf, der in einer besonderen Formulierung denselben Inhalt zum Ausdruck bringt. Zugänglich sei noch bemerkt, daß, wie in dem gleichen Urteil das Oberste Verwaltungsgericht feststellt, derselbe Rechtsgrund sich auch auf Unternehmungen beziehe, die in kommunaler oder in staatlicher Verwaltung stehen. Auch da komme nicht die Gesamtzahl aller in den kommunalen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter in Betracht, sondern die Einzelzahlen der in jedem besonderen Unternehmen der Kommune beschäftigten Arbeiter. Das ist besonders für kleine Gemeinden mit geringem Arbeitspersonal von Wichtigkeit. (Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 31. Mai 1933 Reg.-Nr. 2950/31.)

## Reparaturen in Wohnhäusern.

### Reparaturpflicht und Kostenpflicht.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Für Hausbesitzer gleichviel wie für Wohnungsmieter entscheidende Bedeutung besitzt ein Urteil des Oberen Verwaltungsgerichts, welches Richtlinien für den Pflichten- und Anspruchskreis einzelnerseits der Hausbesitzer und andererseits der Wohnungsmieter in Fällen von Reparaturbedürfnissen in Mietwohnungen erwält.

Die Frage, wann der Hausbesitzer notwendig gewordene Reparaturen in Mietwohnungen vorzunehmen verpflichtet sei, ist strittig, weil der Hausbesitzer nicht alle Reparaturen in den Wohnungen vorschreibt und verpflichtet. Welche Reparaturen der Hausbesitzer und welche der Wohnungsmieter selbst sich befreien müssen, ist eine Rechtsfrage, die im einzelnen Fälle das Gericht (das ordentliche Zivilgericht) zu entscheiden hat. Nichtdestoweniger ist aber der Hausbesitzer jede notwendig gewordene Reparatur, die sich auf die Gesundheit oder die Sicherheit der Wohnungsmieter beziehen bedrohende Beschädigungen der Wohnräume beziehen, vorzunehmen verpflichtet, sobald die Ortsbaupolizei (Bauamt), sei es aus eigenem Antrieb oder auf Anzeige des Wohnungsmieters dem Hausbesitzer die Pflicht auferlegt. Der Hausbesitzer kann sich nicht darauf befreien, daß zunächst das ordentliche Gericht darüber entscheiden müsse, ob die betreffende Reparatur auf Lasten des Hausbesitzers oder des Wohnungsmieters gehe. Zunächst sei es Pflicht des Hausbesitzers, unbedingt die vom Bauamt aufgetragene Reparatur durchzuführen und erst dann könne er das ordentliche Gericht darüber entscheiden lassen, wer die Kosten der Reparatur zu tragen habe.

So entschied das Oberste Verwaltungsgericht anlässlich einer Klage eines Hausbesitzers, der die ihm vom Magistrat aufgetragene Reparatur einer Wasserförderungseinrichtung in einer Mietwohnung vorzunehmen sich weigerte, mit der Begründung, daß die Reparatur ihm nicht zur Last falle und daß infolge Strittigkeit des Falles das ordentliche Gericht zunächst angerufen werden müsse. Diese Ansicht erklärte das Oberste Verwaltungsgericht als falsch, indem es sowohl auf das Mieterhaftgesetz wie auf die Bauordnung vom 16. Februar 1928 hinwies, von welchen das ertere den Hausbesitzer verpflichtet, die Wohnungen in nutzungsfähigem Zustande zu erhalten, die letztere aus öffentlichen Rücksichten in Art. 277 den Hausbesitzer verpflichtet, alle Maßnahmen für die Sicherung der Gefahrlosigkeit der Wohnräume für die Gesundheit und den Besitz der Wohnungsmieter zu treffen und die Wohnräume in ständig gefahrlosem Zustande zu erhalten. (Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 23. Juni 1933 Reg.-Nr. 10 263/31.)

## Die Haftung der Banken bei Überweisungsgeschäften.

Die Erste Kammer des Obersten Gerichtshofes hat zur Frage der Haftung von Bankeninstituten bei verzögerten Devisenüberweisungen eine wichtige Entscheidung getroffen. Während der letzten Monate des Dollarsturzes ist es wiederholt vorgekommen, daß polnische Banken die ihnen aufgegebenen Überweisungsaufträge mitunter stark verzögert durchführten, wobei sie die Verzögerung damit begründeten, daß die notwendigen ausländischen Zahlungsmittel auf den Börsen nicht erhältlich gewesen seien. Die von der Kundenbank im Zusammenhang mit Kursschwanken erhobenen Schadensansprüche wurden von den Banken vielfach mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß sie für abnormale Verhältnisse, wie sie sich durch den Dollarsturz auf den Börsen herausgebildet haben, nicht haftbar gemacht werden können.

Der Oberste Gerichtshof hat nun entschieden, daß die Banken für alle Schäden haften, die durch eine Verzögerung in der Ausführung oder Überweisung der ausländischen Zahlungsmittel der Kundin entstanden sind. Die Banken tragen das Risiko für die Verzögerung der notwendigen Devisen und können sich nicht auf deren Mangel auf den Geldmärkten berufen.

Diese Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wird prinzipielle Bedeutung für die Rechtsprechung in vielen Prozessen haben, die letztens bei den Gerichten infolge des Dollarsturzes abhängig gemacht worden sind und Schadensansprüche aus Valutendifferenzen zum Gegenstand haben.

Die Apparate mit 40 000 Bildpunkten, die auf der Funkausstellung gezeigt werden, reichen für die Übertragung jedes beliebigen Films aus.

Im Fernsehen unterscheidet man die beiden Sendearten mit unmittelbarer und mittelbarer Abtastung des bewegten Bildes. Im zweiten Fall wird von dem bewegten Bild ein Film aufgenommen und dieser erst abgetastet. Die erste Sendeart gestattet nur ganz einfache bewegte Bilder wiederzugeben, da bei ihr die Lichtausnutzung des abtastenden Lichtstrahls um mehrere Größenordnungen kleiner ist, als bei der Filmbildabtastung. Man hat daher in Deutschland die mittelbare Abtastung, den sogenannten Filmbender, bevorzugt, der die Wiedergabe von politischen und anderen bedeutenden Ereignissen erlaubt. Wenn ja die Übertragung auch nur mittelbar erfolgt, ist es doch gelungen, die Zwischenzeit auf einen so geringen Bruchteil einer Minute herabzusehen, daß man praktisch von einem gleichzeitigen Miterleben des Ereignisses sprechen kann. Die sogenannte Zwischenfilmleinrichtung kann auch auf der Empfangsseite verwendet werden, um wieder die Aufnahme eines Films zwischenzuschalten. Der Film wird dann durch eine Optik vergrößert und gestaltet die Wiedergabe großer Bilder.

Von den Bildern, die auf der Ausstellung gezeigt werden, ist ein Teil mit 90zelliger Abtastung aufgenommen worden, wobei die erforderliche Fernsehfrequenz etwa 125 000 Hz beträgt. Einige Bilder sind schon mit 180 Bildzeilen aufgenommen, was einer Frequenz von 500 000 Hz entspricht. Die Größe dieser Leistung, eine Niederfrequenz von etwa 20—50 000 Hz gleichmäßig wiederzugeben, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß 500 000 Hz der Welle 800 m entsprechen.

Die grundsätzlichen Fragen der Fernsehtechnik sind, wie die Ausstellung beweist, bereits gelöst, und es gilt jetzt nur noch, die Methoden so zu verfeinern, daß das Fernsehen ebenso wie der hörende Rundfunk zum Allgemeingut des deutschen Volkes wird.

# Der Kampf um die operativen Tierversuche.

Zum Verbot der Vivisektion in Preußen.

Der Erlass des preußischen Ministerpräsidenten Göring, durch den die Vivisektion in Preußen mit sofortiger Wirkung verboten und ein Gesetz angekündigt wird, nach dem die Vivisektion mit hohen Strafen belegt werden soll, macht einem Jahrzehnt langen Kampf ein Ende. Vor Preußen hatte bereits Bayern vor kurzem die Vivisektion abgeschafft. In Preußen lag ein Antrag der nationalsozialistischen Fraktion vom 2. November 1932 vor, nach dem die Vivisektion allgemein verboten und unter Strafe gestellt werden sollte. Eine Ausnahme wurde lediglich für drei vom Staatsministerium besonders zu privilegierende wissenschaftliche Institute vorgesehen, deren Arbeitsweise unter dauernde öffentliche Kontrolle gestellt werden sollte. Dieser Antrag ist nun durch den Erlass des Ministerpräsidenten erledigt worden. Nachdem nun von den beiden größten deutschen Ländern, Preußen und Bayern, die Vivisektion verboten worden ist, werden auch die übrigen Länder voraussichtlich in kürzester Zeit folgen.

Damit ist in Deutschland eine Kulturstadt erfolgt, die ihren Eindruck auf die übrige Welt nicht verfehlten wird. Im übrigen darf man nicht vergessen, daß Anhänger und Gegner der Vivisektion jeweils für ihren Standpunkt genau so gute und wichtige Argumente ins Feld führen konnten wie der Andersdenkende. Im allgemeinen war durch die Landesgesetzgebung des alten Reiches die Frage zur Zufriedenheit der Tierschutzvereine geregelt worden. Aber auch aus den Kreisen der Wissenschaft selbst erhoben sich wiederholt Stimmen der Gegnerschaft. Der Kreis um Magnus Schwantje führte vor allem ethische Bedenken ins Feld. Professor Dr. Max Herzog von Sachsen bezeichnet den Kampf gegen die Vivisektion als den Kreuzang wider das Böse im Menschen.

Demgegenüber wurde von ernsten Wissenschaftlern die dringende Notwendigkeit der Tierversuche verteidigt. Neben dem Direktor des Instituts für Pharmakologie und experimentelle Therapie an der Universität Breslau, Professor Dr. Rieger, trat vor allem der längst verstorbene große Berliner Pathologe Geheimrat Luharsch für die Tierexperimente ein, da ohne sie eine Anzahl wichtiger Feststellungen zum Nutzen der Menschheit nicht möglich gewesen wäre. In einer bereits vor 30 Jahren erschienenen Denkschrift hat er auf die Notwendigkeit des physiologischen, pharmakologischen, chirurgischen, pathologischen und diagnostischen Tierversuchs hingewiesen. Bei der 150-Jahrfeier der tierärztlichen Hochschule in Berlin behandelte Geheimrat Professor Dr. Uhlenbuth die Bedeutung der einzelnen Tiere für die Erkennung und Behandlung schwerer Krankheiten des Menschen und wies hierbei auf die Gewinnung der Heilsera gegen Diphtherie, Wundstarrkrampf, Rotsaft und andere Krankheiten hin.

Es ist ganz selbstverständlich, daß weder durch das Verbot noch das zu erwartende Gesetz diese Gewinnung der Heilsera unterbunden werden soll. Man wird im übrigen die genaue Fassung des Gesetzes abwarten müssen, in welchem Umfang Tierversuche verboten sind und zu welchem Zweck Ausnahmen gestattet werden. Erst dann wird sich erkennen lassen, welche praktischen Folgen für die gesamte Öffentlichkeit und für die Forschung das Vivisektionsverbot haben wird.

Es sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß bereits bei der Ankündigung der kommenden Strafgesetzesreform mitgeteilt wurde, daß Tierquälerei in Zukunft außerordentlich hart bestraft werden soll. Überhaupt zeigt die neue Richtung eine erfreuliche Fürsorge für das Wohl des Tieres. Die Quälereien bei der Dressur von Tieren sind abgestellt worden, ebenso die unerhörten Missstände, die bei Transporten von Schlachtpferden auf der Bahn des öfteren gezeigt werden. In allen deutschen Ländern sind inzwischen auch Schächtverbote erlassen worden. Der Reichskanzler Adolf Hitler ist, was wohl noch nicht allgemein bekannt sein dürfte, einer der wärmsten Freunde jeglicher Kreatur. Er ist an allen Maßnahmen, die dem Tierschutz gelten, aufs höchste interessiert und steht in dieser Hinsicht in engster Verbindung mit Göring, der Ehrenpräsident aller deutschen Tierschutzvereine ist. Angesichts der gleichgearteten Bestrebungen in anderen europäischen Ländern, die ebenfalls auf Abschaffung der Vivisektion hinzielen, wird man annehmen dürfen, daß das deutsche Beispiel vorbildlich und bahnbrechend wirken wird.

N. A.

## 1000 Jahre Deutscher Michel.

"Das Reich — Tilly — das Reich!"

Der Deutsche Michel ist 1000 Jahre alt geworden! 933 gab Heinrich der Vogler seinem Volk das Banner des Erzengels Michael, des ewig streitbaren, immer sieg-

reichen Führers der Seelen. Hans Michael Elias von Obentraut, der 1574 auf der Stromburg im Hannoverland das Licht der Welt erblickte, ist anders der Deutsche Michel geworden. Auf dem Schlachtfeld bei Seelze im Hannoverschen traf ihn die tödliche Kugel, und er starb mit den Worten an seinen Gegner Tilly: "Die innere Feindschaft richtet uns zugrunde; das Reich — Tilly — das Reich!" Auf dem Schlachtfeld errichtete man ihm ein Denkmal, mit einer Kugel und dem Eisenkreuz an der Spitze. Waffen und Totenschild Obentrauts werden in der Marktkirche zu Hannover aufbewahrt.

Die Stadt Stromberg feierte den 1000jährigen Deutschen Michel, der in ihrem großen Sohne Gestalt annahm in einer glanzvollen väterländischen Kundgebung. Ein Festzug bewegte sich durch die Straßen, die einen Wald von Fahnen gliederten, während Zuschauer zu Tausenden die Straßen umsäumten. 1200 SA-Leute marschierten an der Spitze. Bürgermeister Trilsbach entbot Gästen und Ehrengästen einen herzlichen Willkommengruß. Die Festrede hielt Dr. Rauch. Er entwarf ein lebendiges Bild vom Deutschen Michel, der zuletzt den heroischen Kampf des deutschen Volkes wider die ganze Welt gekämpft habe. In dieser Feierstunde gilt unser Dank jedem Manne, der uns zu den alten Tugenden unserer Väter zurückführte, auf daß der Deutsche Michel vor sich selber und der Welt in Ehren besteht in aller Zukunft. Für die Regierung in Koblenz überbrachte Oberregierungsrat von Puttkammer Grüße und Glückwünsche, dann wurde die neue Obentraut-Plakette von Robert Sorbecko der Stadt übergeben.

Mit dieser Kundgebung war eine Gedenkfeier für den preußischen Leutnant von Gauvain verbunden, der vor 140 Jahren acht Stunden lang auf dem Gollenfels bei Stromberg mit 35 Füsilieren gegen 800 Franzosen kämpfte und der, als er seine Kugeln verschossen hatte, den Helden Tod einer schmählichen Gesangshaft vorzog. Man errichtete ihm damals ein Denkmal, das aber von den Franzosen wieder zerstört ward. Vor 100 Jahren errichteten ihm die Bürger Strombergs ein neues Ehrenmal, das der Kronprinz Friedrich Wilhelm und spätere Preußenkönig weiste. Zum Festakt sprach Walter die Gedenkrede, und während sich die Fahnen senkten, legte der Bürgermeister einen Kranz nieder.

## Verbrecher sollen ausgepeitscht werden.

In Washington tagt augenblicklich ein Sonderausschuß des Senats, der auf die Initiative des Präsidenten Roosevelt zusammengetreten ist und es sich zur Aufgabe gesetzt hat, Vorschläge zu einer wirksameren Bekämpfung des amerikanischen Verbrecherunwesens auszuarbeiten. Man will vor allen Dingen dem immer mehr um sich greifenden Menschenraub den Garan machen.

Aus der langen Reihe von Empfehlungen, die zum Teil einzelne Mitglieder des Ausschusses, aber auch der Gesamttauschuß gemacht haben, springt besonders der Vorschlag des früheren New Yorker Polizeikommissars Edward P. Mulrooney hervor. Mulrooney empfiehlt aus Gründen der Abschreckung die

### öffentliche Auspeitschung aller wegen Menschenraub abgeurteilter Verbrecher,

und zwar alle sechs Monate auf die Dauer von zwanzig Jahren. Mulrooney hat allerdings bei der Einbringung seines Vorschlags selbst bezweckt, ob er jemals Aussicht auf Verwirklichung haben würde, denn er glaubt, daß die humanitären Gesellschaften sofort sehr scharfer Protest, da gegen einlegen würden. Doch ist bei der im Augenblick herrschenden großen Empörung über die dauernden Kindesentführungen gar nicht abzusehen, welches Schicksal der Vorschlag auf Wiedereinführung der Prügelstrafe im Kongress finden würde.

Aus der Mitte des Ausschusses heraus wurden weiterhin zur Bekämpfung des Verbrecherunwesens empfohlen: Errichtung einer Zentral-Landespolizei nach dem Muster von Scotland Yard, die bei allen Criminafällen in enger Verbindung mit den staatlichen und Ortspolizeien auftreten soll; schärfere Bestimmungen für Waffenverkauf und -besitz; Einführung des Fingerabdrucksystems in allen amerikanischen Städten; Verschärfung der Strafbestimmungen bei Menschenraub und beichleinigtes Verfahren gegen solche Verbrecher. Von einigen Senatoren wurde sogar die

### Errichtung einer Straflingskolonie

auf einer amerikanischen "Teufelsinsel" nach dem Muster von Französisch-Guiana empfohlen. Dorthin sollen die rückfälligen verbündeten Verbrecher deportiert und lebenslänglich verbannt werden. Die öffentliche Auspeitschung soll auf den öffentlichen Plätzen an einem "whipping-post" (Prügelpfahl) erfolgen, wie sie früher besonders in Maryland üblich waren.

## Ein Laie geht durch die Funkausstellung.

Ich überschreibe meinen Bericht mit einer Entschuldigung. Ich bin wirklich ein blutiger Laie, nicht im Ausstellungsbereich, bei Gott nicht, aber in der Technik. Wer also von mir sehr viel technisch Neues erwartet, der breche gleich hier die Lektüre ab. Aber seien Sie: Das ist das Großartige an dieser Funkausstellung in Berlin, daß sie auch dem Laien etwas bietet, viel, sehr viel bietet. Jahre hindurch habe ich schon Herbst für Herbst die Funkausstellung besucht, immer wieder bekam man etwas Neues zu sehen. Immer wieder stand man gesesselt vor den leichten Schritten der Wissenschaft und Technik. In diesem Jahre aber steht man verwundert und ergriffen vor einem ganz neuen Bild der Schau.

"Es ist ein Wille über allen deutschen Sendern", so stehen klar und fest die Worte über dem Eingang. Ein einheitlicher Wille, wie er die deutsche Sendung beherrscht, hat auch diese Funkausstellung geformt. Da steht am Anfang die Plastik: Ein Geistes- und ein Handarbeiter schreiten an der Seite eines SA-Mannes gerade aus zu gemeinsamem Ziele. Das Bildwerk ist nicht nur Willkommensgruß dem Entsendenden, es ist ein Zeichen für die ganze Schau. Man geht von Halle zu Halle, man sieht hier und da, was früher und heute auf dem Gebiete des Rundfunks und des Funks überhaupt geleistet wurde und wird, sieht die Spitzenleistungen deutscher Technik und deutschen Wissens, sieht Fortschritte an der Verbesserung der Sendung arbeiten. Es schmiegt sich alles in den einen großen Rahmen, den der eine Wille gezeichnet hat, Neuerde, Wissensdrang und Freude am Schönen und Nützlichen führen einen von Raum zu Raum, führen einen so glänzend, daß man am Ende meint, die Ausstellung sei klein und die Zeit des Schauens sei kurz gewesen. Aber die Wirk-

sagt, daß man doch vier Stunden gebraucht hat, und es sind fünf große Hallen mit all diesem Teufelswerk der Technik gefüllt.

Die große einheitliche Linie, auf der die Ausstellung marschiert, hindert natürlich nicht die Entfaltung eines ununterbrochenen Wechsels im Einzelnen. Würde man mich fragen, was mir am besten gefallen hat, so würde ich bei der Beantwortung immer voraussetzen, daß ich eben Laie bin. Aber ich antworte trotzdem. Am besten gefiel mir, wie gesagt, der große Schmidt der ganzen Veranstaltung, die ihren lebendigsten Ausdruck ja schon in der recht eigentümlichen und außerordentlich geschickten Eröffnungsserie fand, bei der Dr. Göbbels sprach. Dann gewiß die bildereiche Ausstattung des Ganzen, die, da auch auf die Herstellung der eigentlichen Ausstellungsgegenstände viel Geschick und künstlerisches Empfinden verwandt worden ist, den Eindruck der Schön eines fröhlicheren Gebietes erweckt, als die kalte Technik gemeinhin zu sein pflegt. Und gleich am Anfang ist dann, da ganz im kleinen eine Rundfunkröhrenfabrik. Es röhrt leicht ans Gewissen, wenn man angesichts dieser feinen und peniblen Arbeit sich bewußt wird, wie wenig man eigentlich im Alltagsleben, wenn man so eine Röhre zur Hand nimmt, sich Gedanken über ihre Herstellung macht. In diesem Raum werden vor aller Augen täglich Tausende Rundfunkröhren neuester Art hergestellt und geprüft. Und weiter hat mich sehr interessiert die Anwendung des Rundfunkes im Dienst unseres Heeres und unserer Marine. Historisches aus dem Kriege (Slagerrak unter anderem) und Allerheiligstes kann man sehen. Sehr sehenswert ist ganz sicher auch die Ausstellung der Deutschen Reichspost, die sich in manigfacher Weise des Sendebetriebes bedient. Dabei in abgeblendetem Halle kann man fernsehen. Man muß schon ehrlicherweise zugestehen, für den Volksgebrauch ist es noch nicht. Grundfäßlich ist die Frage ja

# Rundfunk-Programm.

Dienstag, den 22. August.

## Deutschlandsender.

06.20: Konzert. 10.10: Schulfunk: Nordlandkreise der "Monte Rosa" in den norwegischen Fjorden. 10.50—11.05: Bernhard Dietrich: Die deutsche Landshaft (Thüringen). 11.30: Selbstfunk. 11.45: Für die Frau. 12.00 ca.: Fürs Land. 12.10: Meister ihres Fachs (Schallplatten). 12.30: Konzert. 14.10: Von Mühlader: Konzert. 15.00: Jugend in der Funkausstellung. 15.45: Die deutsche Dichterakademie: Rudolf Hoch. Aus "Das unbekannte Land". 16.00: Von Berlin: Orchesterkonzert. In einer Pause (17.00 ca.): Hörsbericht aus der Funkausstellung. Die Reichsmarine in der Ausstellung. 18.05: Eberhard Wolfgang Müller: Österreichtheater — ein Vorposten deutscher Kultur. 18.30: Politische Zeitungsschau. 19.00: Stunde der Nation. Von Mühlader: Schwäbisch-alemannischer Humor. 20.00: Kernspruch. Anschl.: Aus der Funkausstellung (Meinholz). 20.30: Deutscher Abend. Von der Mas bis an die Memel. Große deutsche Kostüm- und Trachten- schau. Lieder und Volkstänze aus allen deutschen Gauen. Großes Bläser- und Mandolinenkonzert. 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—00.30: Tanzmusik.

## Breslau-Gleiwitz.

06.20: Konzert. 10.10—10.40: Schulfunk für höhere Schulen: Prof. Dr. Arnold Schmitz: Über den Vorgang des künftigen Schaffens bei Beethoven. 11.45: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. 12.00: Kleine Schallplattenmusik. 12.30: Reichswehrkonzert. 13.30: Volksstümliche Opernmusik. 15.15: Das Buch des Tages. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Aus dem zeitgenössischen deutschen Liebergarten. 17.00: Von Berlin: Konzert. 18.05: Zeitdienst. 19.00: Stunde der Nation. Von Mühlader: Schwäbisch-alemannischer Humor. 20.00: Offenes Singen. 21.10: Mensch, aus Erde gemacht, Drama von Friedrich Griese. 23.00 bis 01.00: Tanz- und Unterhaltungsmusik.

## Königsberg-Danzig.

06.20—08.00: Konzert. 10.10: Schulfunk. 11.05: Jagdfunk. 11.30: Militärfunk. 12.30: Reichswehrkonzert. 13.30: Schallplatten. 16.00: Liederstunde. 16.30: Aus den Kurgärten Sopot: Konzert. 19.00: Stunde der Nation. Von Mühlader: Schwäbisch-alemannischer Humor. 20.05: Von Deutschlandsender: Deutscher Abend. 21.10: Von Breslau: Mensch, aus Erde gemacht. 22.00: Weiter, Nachrichten, Sport.

## Leipzig-Dresden.

06.20: Konzert. 10.00: Blasmusik. 12.00: Von der Waterkant zum Donaustrand (Schallplatten). 12.30: Reichswehrkonzert. 13.15: Max-von-Schillings-Stunde. 14.40: Lucas Cranach malt seinen Freund Luther. 16.00: Konzert. 19.00: Stunde der Nation. Von Mühlader: Schwäbisch-alemannischer Humor. 20.00: Ausländische Studenten in Weimar. 20.35: "Rund um die Liebe". Großes Operetten-Funkpotpourri. 21.15: Nacht. (II). Anschl. bis 23.30: Orgelkonzert auf der Silbermann-Orgel der Hauptkirche zu Glanau.

## Warschau.

12.05: Konzert (Schallplatten). 14.55: Schallplatten. 15.50: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 16.30: Leichte Musik (Schallplatten). 17.15: Solistenkonzert. Sopran, Bariton. 18.35: Liederstunde. 19.05: Instrumentalmusik (Schallplatten). 20.00: Orchesterkonzert und Gesang. 22.00: Tanzmusik. 22.40: Tanzmusik.

## Mittwoch, den 23. August.

## Deutschlandsender.

06.20: Konzert. 09.00: Schulfunk: Das Schiffsschießen von Riesefinow, ein Meisterwerk deutscher Technik. 09.30: Kinder-gymnastik. 09.45: Alfred Prugel: Großbeeren — ein Kampf um Preußens Hauptstadt. 10.10: Schulfunk: Geschichte der deutschen Flagge. 10.55—11.05: "Nun brat' mir aber einen einen Storch". Eine sprachliche Plauderei von Emil Kleemann. 11.30: Beruf und Ehe. 12.00 ca.: Fürs Land. Anschl.: Konzert (Schallplatten). 13.45 ca.: Deutschlandtag 1933: Hörsbericht von der Ankunft der Flieger in Berlin und den letzten Vorbereitungen zum Start. 14.10: Von Hamburg: Musik fürs Haus. 15.00: Kinderfunde. 15.45: Die deutsche Dichterakademie: Rudolf Hoch. Aus "Wilhelm Brinkmeiers Abenteuer". 16.00: Aus dem Kurgarten: Unterhaltungskonzert. 18.05: Was uns bewegt. Ansprache: Pfarrer Kehl-Spandau, Reichspropagandawart der Glaubensbewegung "Deutsche Christen". In der Orgel: Hans Georg Görner. 18.35: Funktechnik auf der Funkausstellung. 19.00: Stunde der Nation. Von Mühlader: Sinfoniekonzert. 20.00: Kernspruch. 20.05: Von Berlin: Knopte kommt ins Funkhaus. 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—00.30: Von München: Nachrichten: Nachtmusik.

## Breslau-Gleiwitz.

06.20: Konzert. 12.00: Konzert. 14.05: Schallplatten. 15.00: Konzert. 17.30: Industrie in Frankreich. 18.15: Kammermusik. 19.00: Stunde der Nation. Sinfoniekonzert. 20.20: Klavierkonzert. 21.10: Sinfonie.

## Königsberg-Danzig.

06.20: Konzert. 11.30: Schallplatten. 11.45: Konzert. 12.00: Schallplatten. 15.35: Kinderfunk. 16.30: Unterhaltungskonzert. 19.00: Stunde der Nation. Von München: Sinfoniekonzert. 20.30: Romantische Kammermusik. Brünner Quartett. 22.00: Weiter, Nachrichten, Sport. Anschl. bis 24.00: Nachtkonzert.

## Leipzig-Dresden.

06.20: Konzert. 12.00: Konzert. 18.45 ca.: Deutschlandtag 1933. 18.00: Für die Jugend: Heimat- und Soldatenlieder. 17.00: "König Drosselbart", Märchenpiel für den Rundfunk in sechs Bildern von Dörte Helm-Hesse. 18.00: Das gute Buch. 19.00: Stunde der Nation. Von München: Sinfoniekonzert. 20.40: Lied und Tanz im Rofoto.

## Warschau.

12.05 und 12.35: Konzert. 14.55: Schallplatten. 16.00: Orchesterkonzert. 17.15: Solistenkonzert. Sopran und Bass. 18.35: Arien und Lieder. 19.05: Leichte Musik (Schallplatten). 20.00: Klavierkonzert. 21.10: Leichte Musik. Vokalensemble und Vibrafon. 22.00: Tanzmusik. 22.40: Tanzmusik.

wohl gelöst, bis zur Vollkommenheit, bis zum Hansgebrauch ist aber doch noch ein weiter Weg. Um so mehr dient der Allgemeinheit der Volksempfänger des Propagandaministeriums, der, so kann man es wohl sagen, die Haupthalle der Rundfunkempfänger beherrscht. Es ist ein kleines Meisterwerk und dürfte bald zum beliebtesten Hausgerät der deutschen Familie werden. Eines aber wollen wir in unserem kurzen Bericht, der keineswegs den Anspruch auf eine nur in etwa hinreichende Vollkommenheit erhebt, nicht vergessen: Die historische Schau, die uns die Geschichte des Funks lehrt. Man sieht hier die Historie der noch so jungen Wissenschaft und Technik des Funks; man sieht sie an den wertvollen und interessanten Originalstücken, mit denen die Pioniere des Funkwesens ihre ersten Versuche, ihre ersten Sendungen veranstalteten. Auch die Entwicklung des modernen Empfangsgerätes von seinem ersten schwergängigen bis zu seinen heutigen schmäsigsten Formen wird in einer Karte gezeigt.</p

# Birtschaftliche Rundschau.

## Getreide-Lombardkredite und Steuerabzug.

Eine Erklärung des Finanzministeriums.

Wie die "Gazeta Handlowa" aus Warschau erfährt, hat das Finanzministerium die Frage eines Abzuges rückständiger Steuern von den Getreidelombardkrediten endgültig gellässt. Das Finanzministerium gibt bekannt, daß eine Rückzahlung der erzielten Getreidelombardkredite nur in einem solchen Falle erfolgt, wenn die Rückstände der Grundsteuer der letzten vier Jahre (beginnend mit dem 1. Oktober 1931) mehr als 25 Prozent der Summe ergeben, die der Landwirt theoretisch erhalten könnte, wenn er den gesamten zum Verkauf bestimmten Getreidevorrat lombardieren würde. Das Ministerium fügt jedoch hinzu, daß selbst in solchen Fällen Ausnahmen gemacht werden können, und daß diese Anordnung keineswegs drastisch und rigoros angewendet werden darf. Selbst dann, wenn die den Kredit erzielende Stelle den Kredit nehmenden Landwirt als zahlungsfähig ansieht, kann von dem Grundzusatz des Steuerabzuges Abstand genommen werden.

Die Höhe der Summe, die bei der Erteilung des Getreidelombardkredites in Abzug gebracht werden kann, wird von der Summe des erzielten Kredites berechnet. Falls ein Rückstand für nicht gezahlte Grundsteuer besteht, zieht das Kreditinstitut von der Kreditsumme bis zu 25 Prozent ab und stellt sie dem entsprechenden Finanzamt zur Verfügung. Eine prozentual geringere Summe wird dann in Abzug gebracht, wenn der Kredittnehmer den Nachweis führen kann, daß zur Deckung seines Steuerrückstandes eine geringere Summe notwendig ist.

## Entlastung des Kraftfahrzeugverkehrs in Deutschland.

Nachahmungswerte Maßnahmen auch für Polen.

Einer der glücklichsten Gedanken der Reichsregierung auf steuerlichem Gebiet war die Beseitigung der Kraftfahrzeugauslaststeuer für neu zugelassene Personenkraftwagen und die Möglichkeit, für alte Wagen die Steuern nach einem bestimmten Schlüssel abzulösen. Der deutsche Kraftfahrzeugverkehr konnte die ihm aufgebrachte Steuerlast — Pauschalwagensteuer und Treibstoffsteuer — einfach nicht mehr tragen, und der beständige Rückgang der Wagenzulassungen in den letzten Jahren ist der unmittelbare Ausdruck dieser Übersteuerung gewesen.

Deutschland hat bis zu der jetzt durchgeföhrten Änderung die höchste Kraftfahrzeugbesteuerung in der Welt gehabt. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht einen interessanten Vergleich, der den Steueraufwand für einen mittelstarken Personenkraftwagen bei 20 000 km jährlicher Fahrleistung und 15 Liter Treibstoffverbrauch je 100 km nach dem Stande vom Jahre 1932 in einigen der wichtigsten Länder wieder gibt. Danach waren für Wagensteuer und Treibstoffabgaben zu zahlen:

Am Deutschen Reich	917 RM.
In Frankreich	740 "
Großbritannien	589 "
Newark	184 "

Von der deutschen Gesamtbefestigung entfallen zwei Drittel auf Treibstoffabgaben. Begehrung ist jetzt lediglich das eine Drittel, das die Wagensteuer ausmacht. Die Belastung hält sich also jetzt ungefähr auf der Höhe von Großbritannien.

Bemerkenswert ist, daß trotz der hohen Besteuerung das Gesamtaufkommen auf den Kopf und Bevölkerung gerechnet infolge der verhältnismäßig geringen Verbreitung von Kraftfahrzeugen in keinem der genannten Länder so gering war wie im Deutschen Reich. In den Vereinigten Staaten, in denen die Besteuerung am niedrigsten ist, war das Gesamtaufkommen viermal so hoch wie in Deutschland, weil die Zahl der Kraftfahrzeuge im Verhältnis zur Einwohnerzahl in den Vereinigten Staaten zehnmal so groß ist wie im Deutschen Reich.

Die jetzt durchgeföhrte gründliche Steuerermäßigung hat sich in der deutschen Kraftfahrzeugproduktion und im Absatz des ersten Halbjahrs 1933 überraschend geltend gemacht. Die Personenkraftwagenproduktion stieg gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 91 Prozent, die Lastkraftwagenproduktion um 42 Prozent. Da der Ausfuhranteil bei beiden Wagengruppen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist, entfällt die Steuerung ganz und gar auf die Belastung des Außenhandels, die durch die steuerliche Entlastung herbeigeführt worden ist.

Wir bringen die vorstehenden Ausführungen als Vergleichsbild für die steuerliche Behandlung des Kraftfahrzeugverkehrs in Polen. Die letzte "Reform" der Beitragszahlungen zum Straßenbaufonds hat keine Entlastung gebracht. Der Kraftfahrzeugverkehr hat in den letzten Jahren in Polen einen derart katastrophalen Rückgang zu verzeichnen, daß er nicht einzig und allein auf das Konto Krise, sondern zum großen Teil auf die steuerliche Belastung zurückzuführen ist. Das neue Beispiel in Deutschland könnte in dieser Beziehung richtunggebend sein.

## Die 21. Deutsche Ostmesse in Königsberg eröffnet.

Königsberg, 21. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Deutsche Ostmesse wurde am Sonntag mit einer Rede des Reichswirtschaftsministers Schmitt feierlich eröffnet.

## Keine Gefährdung des Chabourne-Planes.

Die deutsche Presse berichtet:

In Kreisen der belgischen Zuckerindustrie ist man überzeugt, daß das internationale Zuckerkartell, welches auf dem sogenannten Chabourneplan aufgebaut ist, von den Vorgängen in Kuba nicht berührt worden ist. Demgemäß würden also die im Chabourneplan vorgesehenen Einschränkungen der neu bekannten Produktionsländer in bezug auf die Anbaufläche, die Produktion und die Ausfuhr von Zucker unverändert fortleben. Desgleichen wird die kubanische Umwälzung keinen Einfluß ausüben auf die Entscheidung der Konferenz von London, wo besonders Kuba für die Produktionsentlastung derjenigen Länder eintrat, die ihre Erzeugung unter dem Schutz der Restriktion des Zuckerkartells erhöhen konten. Diese Konferenz von London soll wieder zusammenkommen, wenn man sich in Washington über die Aufteilung der Zuckereinfuhr der verschiedenen Länder nach den Vereinigten Staaten geeinigt haben wird. (Welleidt Anfang September.) Kuba ist mit der ihm zugesagten Quote von 1 700 000 Tonnen Zuckereinfuhr nach den Vereinigten Staaten (von mehr als 4½ Millionen Tonnen), die nebst Einfuhr einheimischer Produktion Amerikas von 1 825 Millionen, den inneramerikanischen Bedarf decken soll, nicht zufrieden, und erhofft die Beteiligung eines höheren Einfuhrkontingents. Diese Washingtoner Besprechungen hängen aber mit der von Roosevelt geplanten Aufstellung eines Zuckerkodes zusammen, und gestalten sich deshalb sowie wegen der tubanischen Kontingenzerwartungen auf Kosten von Portofino, der Philippinen, von Hawaï und der inneramerikanischen Zuckerproduktion ziemlich schwierig. In den Kreisen der belgischen Zuckerindustrie sieht man jedoch zu glauben, daß sogar ein Scheitern derselben, was nicht wahrscheinlich ist, das Fortbestehen des Chabourneplans nicht gefährden.

**Bordringen der polnischen Staatsforstverwaltung auf das Gebiet des privaten Holzhandels?** Die polnische Holzexportagentur (abgekürzt PAGED), deren Gesellschaftsanteile sich zu 90 Prozent im Besitz der Generalsdirektion der polnischen Staatsforsten befinden, und die seinerzeit zu dem Zweck gegründet wurde, den Export der Eigenproduktion der polnischen Staatsforsten zu erleichtern, hat kürzlich in dem amtlichen Organ der Staatsforstverwaltung inseriert, daß sie selber aus freier Hand zum Export antrate. Kurzfristig Zeit als das Antrat erschien, wurde bekannt, daß die PAGED ihr Gesellschaftskapital von 100 000 auf 500 000 Zloty zu erhöhen beabsichtige. Diese beiden Tatsachen haben in den privaten Holzhandelskreisen Polens große Beunruhigung ausgelöst. Man erblieb darin einen neuen Vorwurf der polnischen Staatsforstverwaltung auf das Gebiet des freien Holzhandels und glaubt aus der Meldung über die Kapitalerhöhung der PAGED schließen zu können, daß dieses staatliche Unternehmen sich in Zukunft dauernd mit dem Handelsgeschäft, auch soweit es sich nicht um die Eigenproduktion der polnischen Staatsforsten handelt, befassen wird. Hiergegen nimmt die polnische Holzfachpresse entschieden Stellung. Auch soll der Generalsrat der polnischen Holzverbände am 9. d. Mts. der polnischen Regierung eine Denkschrift in dieser Angelegenheit überreicht haben.

# Die Belebung der deutschen Binnenmarkt-Konjunktur.

## Zunahme der Beschäftigung in der Industrie trotz Rückgang des Außenhandels.

Aus Berlin wird uns geschrieben.

Die Kölner Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Reichsregierung der zunehmenden Schrumpfung des deutschen Außenhandels keineswegs gleichgültig gegenübersteht. Wenn beispielweise die deutsche Ausfuhr im ersten Halbjahr 1933 um rund 20 Prozent hinter der der gleichen Vorjahrszeit zurückließ und wenn der Ausfuhrüberschuß in den ersten sechs Monaten 1933 nur noch 291 Millionen Reichsmark gegenüber 602 Millionen in der Zeit von Januar bis Juni 1932 betrug, so sind das selbstverständliche wirtschaftliche Tatsachen, die die ernste Aufmerksamkeit erfordern.

Man zeigt im Auslande neuerdings gelegentlich Verwunderung darüber, daß trotz dieser beträchtlichen Einschränkung des deutschen Ausfuhrgeschäfts Neueinstellungen von Arbeitslosen in so großem Umfang, wie die halbmonatlich veröffentlichten Statistiken ihn ausweisen, erfolgen könnten. Die Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch liefern einige Beröffentlichungen des statistischen Reichsamts aus jüngster Zeit, die zur Beurteilung des Konjunkturverlaufs in Deutschland entscheidendes Material beibringen.

Zunächst wird nachgewiesen, daß in der Industrie die Zahl der beschäftigten Arbeiter gegenüber dem saisonalen Tiefpunkt im Januar dieses Jahres bis Ende Juni 1933 um 15 Prozent gestiegen ist. Die Gesamtzahl der tatsächlich geleisteten Arbeitstunden hat sich sogar um 25 Prozent erhöht. Die Wirtschaftsbelebung ist also noch stärker als aus der Zunahme der Beschäftigungszahl hervorgeht. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit eines Arbeiters, die im Januar 6,5 Stunden betrug, ist im Juni auf 7,2 Stunden gestiegen. Die Frühjahrsmonate bringen zwar in jedem Jahre stärkere Beschäftigung in der Industrie. Die Zunahme ist diesmal aber größer als in den vergangenen Jahren, ein Beweis dafür, daß hier nicht nur eine saisonale Belebung, sondern eine konjunkturelle Besserung der Wirtschaftslage festzustellen ist.

Das wird auch bestätigt, wenn man sich genauer anschaut, in welchen Industriezweigen die stärkere Beschäftigung sich besonders deutlich ausprägt. Die sogenannten Investitionsgüterindustrien zeigen überwiegend saisonale Schwankungen. Bei ihnen hat die Beschäftigung im ersten Halbjahr 1932 völlig stagniert, obwohl damals Großfeinindustrie und Maschinenbau beträchtliche Aufträge erledigen hatten, die in diesem Jahre nur noch in ganz beschränktem Umfang vorhanden waren. Trotzdem hat die Zahl der geleisteten Arbeitstunden in dieser Industriegruppe während des ersten Halbjahrs 1933 um rund 6 Prozent der Kapazität zugenommen. Nahezu in Großfeinindustrie, Eisenwaren, Nichtferrometallurgie und Walzwerke haben zahlreiche Arbeiter eingestellt. Diese Industrien sind typische Träger der industriellen Anlagenbildung. Von dem Rückgang, den ihre Beschäftigung seit der Bankenkrise vom Sommer 1931 erlitten hat, ist im vergangenen Halbjahr die Hälfte wieder aufgeholt worden. Man darf wohl ohne weiteres schließen, daß gerade die hier auf tretende Wirtschaftsbefreiung zu einem großen Teil die Folge der Regierungsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung ist.

Das gilt auch von der Besserung der Beschäftigungslage, die in den Produktionsgüterindustrien festzustellen ist. Die Neuregelungen in ihnen sind fast doppelt so stark wie in den Verbrauchsgüterindustrien. Den stärksten Anteil daran hat die Bau-

wirtschaft. Die Zahl der in ihr beschäftigten Arbeiter hat sich vom Januar bis Juni 1933 um 16 Prozent der Höchstbeschäftigung erhöht gegenüber nur 7 Prozent im Vorjahr. Ein Zeichen dafür, daß auch diese an sich sehr stark jahreszeitlich beeinflußte Industrie diesmal starke konjunkturelle Auftriebe erhalten hat.

Innerhalb der Verbrauchsgüterindustrien haben den größten Aufschwung diejenigen Zweige zu verzeichnen, die Hausrat und Gegenstände für den Wohnbedarf herstellen. In dieser Gruppe ist der Beschäftigungsstand vom Jahre 1931 schon wieder erreicht worden. Hier liegen ja ebenfalls besondere Anregungen durch das große Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung vor. Wo sie fehlen, ist die Belebung natürlich schwächer.

Ein guter Maßstab für die Belebung der Konjunktur sind immer auch die Zahlen der Steinkohlenförderung und des Verbrauchs an elektrischer Energie. Für die Steinkohlenförderung liegen die Nachweise erst bis Mai 1933 vor. Sie war in Deutschland in diesem Monat um mehr als ein Sechstel höher als im April, und auch als im Mai des Vorjahrs. Das ist eine verhältnismäßige Steigerung die unter allen Steinkohlen produzierenden Ländern der Erde nur von Großbritannien übertroffen wird. Die arbeitsfähige Stromerzeugung hat sich im Juni gegenüber dem Vorjahr zwar vermindert. Das ist aber jahreszeitlich bedingt, und die Verminderung war in diesem Jahre erheblich geringer als im Vorjahr. Im ersten Halbjahr 1933 wurden von den von der Statistik erfaßten 122 Werken nahezu eine halbe Milliarde Kilowattstunden oder 7 Prozent mehr erzeugt, als im gleichen Zeitraum des Jahres 1932. Namentlich die Stromabgabe für gewerbliche Verbraucher ist gestiegen.

Schließlich ist für die Besserung der wirtschaftlichen Lage kennzeichnend, daß die Zahl der Konkurrenz, der Vergleichsverfahren und der Wechselproteste in beständigem Rückgang begriffen ist. Die Zahl der Konkurrenz hat im ersten Halbjahr 1933 um 48,4 Prozent, die der Vergleichsverfahren um 76,6 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 1932 abgenommen. Bei den Wechselprotesten zeigt sich sowohl der Zahl wie dem Gesamtbetrag nach eine erhebliche Verminderung gegenüber den ersten Monaten 1932. Der Rückgang beträgt 42,2 Prozent der Zahl und 57,2 Prozent des gesamten Wechselbelages. Die Protestrate betrug im ersten Halbjahr 1932 noch rund 6 v. H. Sie ist im ersten Halbjahr 1933 auf 3 v. H. zurückgegangen.

Man soll gewiß alle diese Zahlen nicht überhören. Denn beispielweise in der Industrie betrug im Monat Juni 1933 die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter immer noch erst 46,4 Prozent der Arbeiterschaftskapazität. Das heißt mehr als doppelt soviel Arbeiter müßten beschäftigt werden, wenn die vorhandenen Anlagen voll ausgenutzt werden sollen. Hinsichtlich der Angestellten ist das Verhältnis etwas günstiger. Aber auch bei ihnen werden doch erst 60,1 Prozent der Angestellenschaftskapazität ausgenutzt. Trotzdem drückt sich in den wiedergegebenen statistischen Zahlen deutlich eine langsame, aber offenbar organisch aus der Konjunkturgestaltung sich entwickelnde Besserung der Beschäftigungslage aus, die zum allergrößten Teil durch die Belebung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Binnenmarkt hervorgerufen worden ist. Und das gibt immerhin Grund zu einer hoffnungsvollen Beurteilung der weiteren Entwicklung.

## Die Arbeit der deutsch-polnischen Handelskammer.

Der "Positiv Zeitung" wird aus Breslau gemeldet: Die 4. o. G.-B. der Deutsch-Polnischen Handelskammer G. B. Breslau-Berlin wählte anstelle des zurückgetretenen Industrie- und Handelskammer-Präsidenten Dr. Gründ den derzeitigen Präsidenten der Breslauer Industrie- und Handelskammer, Fabrikbesitzer Kemna, zu ihrem Präsidenten, der Bankdirektor Dr. Theußner (DD-Bank Breslau) zu seinem Stellvertreter ernannt. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß im Jahre 1932 der schärfste Rückgang im Gütertausch zwischen Deutschland und Polen in den neun Jahren des Weltkrieges zu verzeichnen war. Hatten schon die Jahre vorher ein allmähliches Abnehmen der Handelsziffern gebracht, so sank die Einfuhr aus Deutschland in 1932 auf 173,1 Millionen Zloty gegenüber 359,2 Millionen Zloty in 1931 und 605 Millionen Zloty in 1930, die Ausfuhr nach Deutschland auf 175,9 gegen 315,2 in 1931 und 626 Millionen Zloty in 1930. Das deutsch-polnische

Handelsübereinkommen vom März 1930 konnte lediglich die Absperrmassnahmen mildern, vermochte aber nicht das scharfe Absinken des Güterverkehrs zu verhindern.

In diesem Jahr des Tieflandes hat naturgemäß auch das Arbeitsgebiet der Kammer eine außerordentliche Einengung erfahren. Die Deutsch-Polnische Handelskammer rietete ihr Hauptaugenmerk darauf, die exportierenden Firmen über die Verhältnisse in Polen zu beraten, sie vor Verlusten zu bewahren und die Importfirmen auf die noch bestehenden Geschäftsmöglichkeiten mit Polen zu verweisen. Ihre Interventionen waren in den meisten Fällen von Erfolg begleitet. Lebhafter Anfang fand sowohl in Deutschland als auch in Polen und im übrigen Ausland ein Handbuch des polnischen Rechts für den Handelsverkehr mit Polen und eine Broschüre über "Die Rechtslage der Ausländer im Handelsverkehr mit Polen". Weitere Schriften wurden von der Kammer im vorigen Jahre herausgegeben, um der Unkenntnis über die Rechtsverhältnisse in Polen zu begegnen.

## Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 21. August auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polsti beträgt 6% der Lombardsatz.

Der Zloty am 19. August. Danzig: Ueberweitung —. Berlin: Ueberweitung —. Zürich: Ueberweitung 57,90. London: Ueberweitung 29,56.

Warschauer Börse vom 18. August. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,80, 125,11 — 124,49. Belgrad —, Budapest —, Bularest —, Danzig —, Helsinki —, Spanien —, Holland 361,05, 361,95 — 360,15. Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 132,50, 133,10 — 131,90. London —, 29,72 — 29,42. New York 6,55, 6,59 — 6,61. Oslo —, Paris 35,03, 35,12 — 34,94. Prag —, Tallin —, Riga —, Sofia —, Stockholm 152,80, 153,55 — 152,05. Schweiz 172,75, 173,18 — 172,32. Wien —, Italien —. London Umtätze 29,56—29,57.

Freihandelssatz der Reichsmark 213,20.

Berlin, 18. August. Amtl. Deviationskurve. New York 3,178—3,183, London 13,87—13,91, Holland 169,58—169,92, Norwegen —, Schweden 71,53—71,67, Belgien 58,57—58,69, Italien 22,10 bis 22,14, Frankreich 16,435—16,475, Schweiz 80,98—81,14, Prag 12,415 bis 12,435, Wien 47,45—47,55, Danzig 81,62—81,78, Warschau 47,00—47,20.

Zürcher Börse vom 19. August. (Amtlich) Warschau 57,90, Paris 20,29, London 17,13, New York 3,82, Brüssel 22,30, Italien 27,24, Spanien 43,30, Amsterdam 209,15, Berlin 123,40, Wien offiziell 72,94, Noten 58,10, Stockholm 88,25, Oslo 86,00, Kopenhagen 76,50, Sofia —, Prag 15,33, Belgrad 7,00, Athen 2,95, Konstantinopel 2,48, Bularest 3,08, Helsinki 7,59, Buenos Aires —, Japan 1,02.

Die Bank Polsti zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 6,50 Zl., do. kl. Scheine — Zl., 1 Pf. Sterling 29,35 Zl., 100 Schweizer Franken 172,07 Zl., 100 franz. Franken 34,89 Zl., 100 deutsche Mark 209,00 Zl., 100 Danziger Gulden 173,07 Zl., Schekle, Krone —, Zl., österr. Schilling —, Zl., holländischer Gulden 359,65 Zl.

## Allienmarkt.

Posener Börse vom 19. August. Es notierten: 5proz. Staatsliche Konvert-Anleihe 49 G., 4½proz. Dollarbriefe der Posener Landesbank (1 Dollar = 6,56) 43,75—44 B., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landesbank 35,25 G., 4½proz. Roggenbriefe der Posener Landesbank 5,80 G.,